

Západočeská univerzita v Plzni

Fakulta filozofická

Bakalářská práce

**VISIONEN EINES VEREINTEN DEUTSCHLANDS IN
DEN REDEN DEUTSCHER BUNDESKANZLER**

Analyse ausgewählter Texte

Michal Rubáš

Plzeň 2014

Západočeská univerzita v Plzni

Fakulta filozofická

Katedra germanistiky

Studijní program Filologie

Studijní obor Cizí jazyky pro komerční praxi

Kombinace angličtina – němčina

Bakalářská práce

**VISIONEN EINES VEREINTEN DEUTSCHLANDS IN
DEN REDEN DEUTSCHER BUNDESKANZLER**

Analyse ausgewählter Texte

Michal Rubáš

Vedoucí práce:

Gisela Heitz, M.A.

Katedra germanistiky

Fakulta filozofická Západočeské univerzity v Plzni

Plzeň 2014

Prohlašuji, že jsem práci zpracoval samostatně a použil jen uvedených pramenů a literatury.

Plzeň, duben 2014

.....

Michal Rubáš

INHALT

Einleitung.....	1
1. GESCHICHTE DEUTSCHLANDS NACH DEM ZWEITEN WELTKRIEG.....	3
1.1 Deutschland zwischen 1945 und 1949.....	3
1.2 Deutsche Demokratische Republik.....	5
1.3 Bundesrepublik Deutschland.....	7
2. AUSGEWÄHLTE BUNDESKANZLER UND IHRE REDEN.....	10
2.1 Konrad Adenauer.....	10
2.1.1 Rede I.....	11
2.1.1.1 Einleitung.....	11
2.1.1.2 Inhaltliche Analyse.....	11
2.1.1.3 Sprachliche Analyse.....	13
2.1.2 Rede II.....	14
2.1.2.1 Einleitung.....	14
2.1.2.2 Inhaltliche Analyse.....	15
2.1.2.3 Sprachliche Analyse.....	17
2.1.3 Rede III.....	18
2.1.3.1 Einleitung	18
2.1.3.2 Inhaltliche Analyse.....	19
2.1.3.3 Sprachliche Analyse.....	20
2.2 Kurt Georg Kiesinger.....	21
2.2.1 Rede IV.....	22
2.2.1.1 Einleitung.....	22
2.2.1.2 Inhaltliche Analyse.....	22
2.2.1.3 Sprachliche Analyse.....	24
2.3 Willy Brandt.....	25
2.3.1 Rede V.....	26
2.3.1.1 Einleitung.....	26

2.3.1.2	Inhaltliche Analyse.....	26
2.3.1.3	Sprachliche Analyse.....	27
2.4	Helmut Kohl.....	28
2.4.1	Rede VI.....	29
2.4.1.1	Einleitung.....	29
2.4.1.2	Inhaltliche Analyse.....	29
2.4.1.3	Sprachliche Analyse.....	31
3.	ZUSAMMENFASSUNG.....	32
	Schluss.....	35
	Quellen.....	37
	Resumé.....	39
	Anlagen.....	41

Einleitung

Das Thema meiner Bachelorarbeit heißt Visionen eines vereinten Deutschlands in den Reden deutscher Bundeskanzler - Analyse ausgewählter Texte. Es handelt sich also um eine Arbeit, die sich auf eine Periode in der deutschen Geschichte konzentriert. Konkret geht es um eine Periode zwischen Jahren 1949 und 1989, das heißt wenn Deutschland in zwei Teile geteilt wurde. Schließlich habe ich mich aber entschieden, die Arbeit schon mit Jahr 1945 anfangen, gleich nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs. Meiner Meinung nach ganz wichtig ist, schon im Jahre 1945 die Arbeit zu beginnen, weil die vier Jahre vor der Teilung Deutschlands sehr wichtig für die folgende Periode waren. Ich werde also am Anfang die gemeinsame Situation in beiden Teilen Deutschlands beschreiben, dann möchte ich mich separat mit der Geschichte der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland beschäftigen. Und allmählich werde ich bis zu dem Jahr 1990 kommen, in dem Deutschland wiedervereinigt wurde.

Dann in dem nächsten Kapitel werde ich mich schon mit dem Kern der Arbeit beschäftigen. Ich habe mehrere Bundeskanzler ausgewählt. Es handelt sich namentlich um den ersten Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland - Konrad Adenauer, und um seine Nachfolger - Kurt Georg Kiesinger, Willy Brandt und Helmut Kohl. Bei jedem Bundeskanzler werde ich erst sein politisches Leben beschreiben, dann werde ich mindestens eine seine Rede finden und analysieren. Die Analyse der Reden wird aus drei Teilen bestehen : erst schaffe ich eine kurze Einleitung zu der Rede und dann analysiere ich schon die Rede. Die Analyse wird aus der sprachlichen und aus der inhaltlichen Struktur bestehen. In der sprachlichen Analyse möchte ich die benutzte Sprache beschreiben und manche Spracherscheinungen finden. In der inhaltlichen Analyse werde ich mich natürlich mit dem Inhalt beschäftigen. Ich muss von jedem Bundeskanzler die Reden entdecken, in denen die Vision des vereinigten Deutschlands deutlich ist. Und ich werde die Visionen suchen, analysieren und beschreiben. Nachdem ich die letzte Ansprache analysiere, werde ich alle Reden vergleichen und manche Ähnlichkeiten

suchen. Das ist auch das Ziel meiner Arbeit, in den Reden die ähnlichen oder unterschiedlichen Gedanken zu finden. Es handelt sich um vierzig Jahren der Unsicherheit des ganzen deutschen Volkes und mit jedem Bundeskanzler hat sich die Situation mehr oder weniger verändert. Und die Gedanken haben sich mit der Zeit allmählich auch verändert.

1. GESCHICHTE DEUTSCHLANDS NACH DEM ZWEITEN WELTKRIEG

1.1 Deutschland zwischen 1945 und 1949

Meiner Meinung nach ist für meine Bachelorarbeit ganz wichtig diese Arbeit früher als im Jahre 1949 zu beginnen (in dem die Bundesrepublik Deutschland und die Deutsche Demokratische Republik gegründet worden). Es ist notwendig, die Fakten über Deutschland am Ende des Zweiten Weltkriegs zu kennen. Meine Bachelorarbeit möchte ich also mit dem Jahr 1945 beginnen. Am 8. Mai 1945 hat das Dritte Reich die unbedingte Kapitulation mit den westen Großmächten untergeschrieben und der Zweite Weltkrieg wurde beendet. Deutschland verlor seine staatliche Souveränität an die Alliierten Siegermächte Frankreich, Großbritannien, die USA und die Sowjetunion. Deutschland wurde in den Grenzen vom Dezember 1937 aufgeteilt. In einer Zusatzklärung zur Berliner Erklärung vom 5. Juni 1945 legten die vier Siegermächte - USA, UdSSR, Großbritannien und Frankreich - die einzelnen Besatzungszonen fest. In drei Westzonen wurde im Mai 1949 die Bundesrepublik Deutschland gegründet. In der Sowjetischen Zone entstand im Oktober 1949 die Deutsche Demokratische Republik. Beide Staaten unterstrichen die politisch-rechtliche Kontinuität zwischen sich und einem gesamtdeutschen Staat wovon die DDR später aber abrückte.¹

Der östliche Teil Deutschlands wurde nach dem Zweiten Weltkrieg in einem schwereren Zustand als der westliche Teil. Der Grund dafür liegt unter anderem, dass die Vereinigten Staaten von Amerika die zukünftige Entwicklung des östlichen Deutschland schwächen wollten. Ein anderer Grund ist, dass viele Fabriken im westen Teil Deutschlands ein Kapital den jüdischen Besitzer waren, die im Vereinigten Staaten ganz bedeutende Positionen bekleideten. Der Westen war also nicht so viel zerstört. Die Fabriken, Krankenhäuser, die öffentlichen Ämter und die

¹ Deutschland. *Wikipedia* [online]. 24.04.2014 [cit. 2014-04-26]. Dostupné z: <http://de.wikipedia.org/wiki/Deutschland>

Mehrheit der Bahnhöfe sind ganz in Ordnung geblieben und man konnte gleich nach dem Krieg mit der Produktion und dem Aufbau beginnen.

Auch das Erbe des Vergangenen hat hauptsächlich der BRD einen schnellen Anstieg ermöglichen. Zum Beispiel im Jahre 1943 war die Maschinenbauproduktion des Dritten Reiches dreimal so hoch als die Produktion des Großbritanniens. Das Dritte Reich hat auch vor dem Ende des Kriegs beträchtliche wirtschaftliche Zuwächse aufgewiesen – vor allem dank den okkupierten Staaten, die nicht bombardiert wurden. Die wirtschaftliche Situation wurde durch den Krieg nicht ganz gelähmt und die Industrie in Deutschland ist gleich im Jahre 1945 gestiegen. Dank diesen Tatsachen war die BRD schon bei der Gründung im Jahre 1949 stärker als andere Staaten des westlichen Europas. Und das mit der Bevölkerung sowie mit der Industrie. Das Gebiet, auf dem die BRD entstanden ist, war vor allem industriell mit einer großen Beschäftigung.

Der nächste Grund für die wirtschaftlichen Zuwächse war die Hilfe der westlichen Staaten – vor allem die Eintreibung der Vorkriegsschulden Deutschlands. Die Vereinigten Staaten von Amerika haben dem Deutschland ein Drittel der Schulden verziehen und Anleihen gewährt. Dank deren Anleihen konnte Deutschland die Rohstoffe importieren. Die westlichen Großmächte wollten aus Deutschland einen industriellen Staat machen, der einem Gegensatz zur Sowjetunion wird.

Die politische Parteien und Stadtselbstverwaltungen wurden gebildet. Nur die nationale Verwaltung hat bis Jahre 1949 nicht existiert. Im westlichen Teil wurde am 7.9.1949 die Bundesrepublik Deutschland (BRD) gegründet. Die Hauptstadt der BRD war Bonn und drei Tage später wurde dr. Konrad Adenauer dem ersten Kanzler. Mitte September 1949 traf eine SED-Delegation in Moskau ein, um die konkreten Schritte zur Gründung der DDR zu besprechen. Am 7. Oktober 1949 wurde die DDR gegründet. Der erste Präsident war Wilhelm Pieck.

1.2 Deutsche Demokratische Republik

In dem nächsten Kapitel möchte ich mich mit der Geschichte der Deutschen Demokratischen Republik beschäftigen. Deutschland war vierzig Jahre in zwei Staaten geteilt und ich werde beide Teile analysieren, die Unterschiede und natürlich auch den Weg zur Wiedervereinigung im Jahre 1989 suchen.

Die Grenzen der sowjetischen Besatzungszone wurden am 12. September 1944 von der European Advisory Commission, einem Unterausschuss der alliierten Außenminister, in London markiert und im Februar 1945 von den Regierungs- bzw. Staatschefs der drei Großmächte Winston Churchill, Franklin D. Roosevelt und Josef Stalin in Jalta gültig festgelegt. In diese Zone gehörten die preußische Provinz Brandenburg, das Land Mecklenburg unter Einschluss Vorpommerns, das aus der Provinz Sachsen und dem Freistaat Anhalt gebildete Land Sachsen-Anhalt, sowie die Freistaaten Sachsen und Thüringen. Die Oder-Neiße-Linie bildete die Ostgrenze der sowjetisch besetzten Zone. Für die sowjetische Zone konstituierte sich am 9. Juni 1945 eine Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD), an deren Spitze der Oberbefehlshaber der sowjetischen Besatzungstruppen stand. Die politische, wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung des Besatzungsgebietes lag bis Oktober 1949 in der alleinigen Verantwortung der SMAD. Vieles deutet darauf hin, dass Stalin vor allem ein militärisch neutrales Deutschland in Mitteleuropa anstrebte, von dem künftig für die Sowjetunion keine Kriegsgefahr mehr ausgehen sollte. Die neuen Parteien wurden gegründet oder wurden wieder zugelassen. Alle sollten nur unter strenger Kontrolle und vielfältigen Pflichten der sowjetischen Besatzungsmacht tätig sein dürfen. Die erste Partei, die als erste an die Öffentlichkeit trat war die KPD (Kommunistische Partei Deutschlands). Am 21. April 1946 kam es auf einem Vereinigungsparteitag zu einer Zwangsvereinigung von SPD und KPD zur SED (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands), die sich zum Marxismus-Leninismus bekannte³. Die Gründung der SED war ein wichtiges politisches Ereignis im Ostteil Deutschlands, bei der die dortige SPD in das politische Räderwerk sowohl der sowjetischen Besatzungsmacht als auch der

deutschen Kommunisten geriet. Die westlichen Besatzungsmächte verboten der Partei, in ihren Besatzungszonen den Namen der vereinigten Partei zu tragen, die dort weiterhin unter dem Namen KPD auftreten mussten. Die KPD war von 1949 bis 1953 im ersten Deutschen Bundestag sowie in fast allen Landtagen vertreten.² Andere Parteien waren die CDU (Christlich-Demokratische Union) oder die LDP (Liberaldemokratische Partei). Im östlichen Teil Deutschlands wurde am 11. 10. 1949 eine neue Regierung des neuen Staates der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) mit der Hauptstadt Berlin gegründet. Die Volkskammer erklärte als Akt der Staatsgründung die „Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik“ zu geltendem Recht. Wilhelm Pieck wurde als der erste Präsident der DDR und Berlin als die Hauptstadt gewählt. Die DDR verstand sich als „sozialistischer Staat der Arbeiter und Bauern“ und deutscher Friedenstaat, der die Wurzeln für Krieg und Faschismus beseitigt habe. Mit der Gründung der DDR endete auch formell die sowjetische Besatzung in Ostdeutschland. Die SMAD übertrug am 10. Oktober 1949 der DDR-Regierung die Verwaltungsfunktionen, die bislang ihr zugestanden hatten. Sie selbst wandelte sich in „Sowjetische Kontrollkommission“ (SKK) um. An ihrer Spitze stand Armeegeneral W. I. Tschuikow, der zuvor auch schon Chef der SMAD gewesen war. Der prägende Einfluss der SKK auf zentrale Bereiche der Politik, Wirtschaft und inneren Verwaltung blieb dennoch sehr stark erhalten. Große Teile der Bevölkerung waren mit den herrschenden politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen nicht einverstanden. Dies zeigte sich besonders drastisch beim Volksaufstand am 17. Juni 1953, der von sowjetischen Truppen niedergeschlagen wurde. Nach dem Tode des ersten und einzigen Präsidenten der DDR - Wilhelm Pieck im Jahre 1960 wurde der Staatsrat der DDR als das kollektive Staatsoberhaupt der Deutschen Demokratischen Republik und als Nachfolgeorgan des Amtes des Präsidenten. Der Staatsrat bestand aus dem Vorsitzenden, seinen Stellvertretern, 16 weiteren Mitgliedern und einem Sekretär. Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten von Jahren

² Geschichte der KPD. *Kommunistische Partei Deutschlands* [online]. 2014 [cit. 2014-03-15]. Dostupné z: <http://www.k-p-d-online.de/index.php/kpd/geschichte-der-kpd>

1960-1963 haben zur Einführung einer neuen ökonomischen Politik, die eine deutliche Erhöhung des Lebensstandards gebracht hat. Dann in den 80. Jahre kam eine wirtschaftliche und politische Stagnation. Diese Stagnation hat die DDR in eine tiefe Krise gesetzt, die im Oktober 1989 kulminierte. Viele Demonstrationen fanden zum Beispiel in Leipzig und Berlin statt.³ Am 3. Oktober 1990 wurde die Deutsche Demokratische Republik mit der Bundesrepublik Deutschland vereinigt, der West- und Ost-Berlin wurden in eine Bundesrepublik vereint.

1.3 Bundesrepublik Deutschland

Die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland begann mit dem Inkrafttreten des Grundgesetzes am Ende des Tages ihrer Verkündung, dem 23. Mai 1949.

Bei der bedingungslosen Kapitulation der Wehrmacht am 8. Mai 1945 standen US-amerikanische, britische und französische Truppen auf dem Gebiet Westdeutschlands. Mit der Berliner Erklärung stellten die Alliierten am 5. Juni 1945 die Übernahme der Regierungsgewalt im Gebiet des Deutschen Reiches fest. Amerikaner und Briten hatten zudem noch Thüringen und Teile Sachsens, des späteren Sachsen-Anhalts, und Mecklenburgs besetzt. Aufgrund von vorher getroffenen Absprachen zogen sich die Alliierten am 1. Juli auf das vertraglich festgelegte Gebiet zurück. Das Vereinigte Königreich beanspruchte das Gebiet des heutigen Schleswig-Holstein, Hamburg, Niedersachsen und Nordrhein Westfalen. Die amerikanische Besatzungszone erstreckte sich über Bayern, Hessen, die nördlichen Teile von Württemberg und Baden sowie über Hafenstadt Bremen mit Bremerhaven. Frankreich, das erst spät als vierte Siegermacht anerkannt wurde, erhielt das spätere Rheinland-Pfalz und die südlichen Teile von Württemberg und Baden. Das Saarland wurde unter französische Verwaltung gestellt, es wurde erst Ende der 1950er-Jahre Teil der Bundesrepublik. Die Siegermächte teilen die

³ Geschichte der Deutschen Demokratischen Republik. *Wikipedia* [online]. 11.04.2014 [cit. 2014-04-26].
Dostupné z: http://de.wikipedia.org/wiki/Geschichte_der_DDR

Geschichte der DDR. Bonn: bpb, September 2011

ehemalige Reichshauptstadt Berlin in vier Sektoren auf. Für das ganze Deutschland hatte der Alliierte Kontrollrat mit Sitz in Berlin die höchste Regierungsgewalt. Die Besatzungsmächte ordneten eine Entnazifizierung an, verboten die NSDAP (die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei, deren Programm bzw. Ideologie von radikalem Antisemitismus und Nationalismus sowie der Ablehnung von Demokratie und Marxismus war)⁴ und ihre Unterorganisationen und ließen alle faschistische Symbole entfernen. In den Jahren 1946/47 entstanden die meisten heutigen westdeutschen Bundesländer – teilweise durch Zusammenschluss vorher eigenständiger Länder und ehemaliger preußischer Provinzen – und die ersten freien Kommunal- und Landtagswahlen konnten abgehalten werden. Am 1. Januar 1947 entstand mit der Vereinigung von amerikanischer und britischer Besatzungszone die Bizone. In den Monaten Februar und März 1948 fand die Londoner Sechsmächtekonferenz mit den USA, Großbritannien, Frankreich, den Niederlanden, Belgien und Luxemburg statt, die über die Bildung eines westdeutschen Staates und den Brüsseler Pakt (ein Militärbündnis von Frankreich, Großbritannien und den Benelux-Staaten, der am 17. März 1948 unterzeichnet wurde), ein Bündnis zur Wahrung westlicher Interessen gegen das Machtstreben der Sowjetunion, diskutierte. Aus Protest gegen die Beschlüsse verließ der sowjetische Gesandte am 20. März den Alliierten Kontrollrat, der damit gescheitert war. Mit der Währungsreform vom 20. Juni 1948, an der wenige Jahre später auch West-Berlin teilnahm, zeichnete sich das Wirtschaftswunder (ein unerwartet schnelles und nachhaltiges Wirtschaftswachstum) ab.

Am 1. September 1948 trat der Parlamentarische Rat unter Vorsitz von Konrad Adenauer in Bonn zusammen und arbeitete das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland aus. Am 24. Mai 1949 war die Bundesrepublik Deutschland entstanden. Der Bundestag wählte Konrad Adenauer zum Bundeskanzler. 1952 machte Josef Stalin (derzeitiger Diktator der Sowjetunion) den Vorschlag, Deutschland als ein neutrales Land wieder zu vereinigen. Die Stalin-

⁴ Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP) 1933-1945. *Deutsches Historisches Museum* [online]. 2012 [cit. 2014-04-26]. Dostupné z: <http://www.dhm.de/lemo/html/nazi/innenpolitik/nsdap/>

Noten wurden aber seitens der Westmächte abgelehnt. Im Mai 1955 wurde die Bundesrepublik in die NATO aufgenommen. Mit den Römischen Verträgen wurde im Jahre 1957 die EWG (Europäische Wirtschaftsgemeinschaft), Vorgängerorganisation von EG und EU, ins Leben gerufen, die Bundesrepublik Deutschland war Gründungsmitglied. Im Jahre 1963 wurde Ludwig Erhard zum Nachfolger als Bundeskanzler gewählt. Die Wirtschafts- und Marktentwicklung wurden in den 50-en Jahren sehr erfolgreich verlaufen. Erst die neue Ostpolitik des Bundeskanzlers Willy Brandts wurde am Ende der 60-en Jahren zur allmählichen Freistellung der Spannung zwischen BRD und DDR geführt. Beide Staaten wurden im Jahre 1973 in die UNO aufgenommen. Mit den Reformprogrammen von Michail Gorbatschow (der Generalsekretär der Kommunistischen Partei der Sowjetunion) hat der Prozess des Zerfalls des Ostblocks und der Wiedervereinigung Deutschlands begonnen.

Das ist alles zur Geschichte und zur Situation in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg. Es war eine Periode der großen Veränderungen und man kann sagen, dass mit jedem Bundeskanzler ist immer etwas Neues auf dem Weg zur Wiedervereinigung gekommen. Auf den nächsten Seiten werde ich schließlich die konkreten Reden analysieren, die in den Beilagen dieser Arbeit zu finden sind. Bei jeder Rede werde ich erst den Kanzler, sein Leben und seine politische Richtungen und Erfolge beschreiben. Dann werde ich die Reden analysieren. Zum Ende möchte ich die Reden allen in dieser Arbeit erwähnten Kanzler vergleichen und ich werde manche gemeinsame Merkmale suchen. Auf dem Weg zur Analyse der Reden habe ich alle Reden erst ins tschechisch übersetzt, um mich das Arbeit mit den Artikeln zu vereinfachern. Alle Reden werde ich aus der sprachlichen und inhaltlichen Ebene analysieren. Insgesamt wird es sich um sechs Ansprachen von den Bundeskanzlern Konrad Adenauer, Kurt Georg Kiesinger, Willy Brandt und Helmut Kohl handeln.

Die Arbeit beginne ich mit dem ersten Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland, Konrad Adenauer. Seine Reden habe ich ausgewählt, weil er der erste

Kanzler der Bundesrepublik Deutschland war, und weil er eine echt wichtige Rolle in der Nachkriegsgeschichte Deutschlands gespielt hat.⁵

2. AUSGEWÄHLTE BUNDESKANZLER UND IHRE REDEN

2.1 Konrad Adenauer

Konrad Adenauer wird als einer den größten Politiker Deutschlands des 20. Jahrhundert bezeichnet. Er war am 5. Januar 1876 im Köln am Rhein geboren. Er hat Jura und Ökonomie in Freiburg, München und Bonn abgeschlossen. Zwischen Jahren 1917 und 1933 wurde er als Oberbürgermeister von Köln tätig, mit dem Anfang des Zweiten Weltkriegs wurde er den Nazis aller Ämter entbunden. Im Jahre 1944 wurde er mehrere Monate gefangen gehalten. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde er von den Amerikanern als der Oberbürgermeister von Köln wieder eingesetzt, knapp sechs Monate später wurde er aber von der vorläufigen britischen Militärregierung entlassen. Seit März 1946 wurde er der Vorsitzende der britischen Zonen-CDU, seit 1948 der Vorsitzende des parlamentarischen Rats und am 15. September 1949 wurde er als der erste Kanzler der Bundesrepublik Deutschland ausgewählt. Sein politisches Hauptziel war die Integration der BRD in das westeuropäische politische und ökonomische System. Sehr wichtig war seiner Meinung nach die Beziehung mit Frankreich (im Oktober 1948 erklärte er: „Die deutsch-französische Frage bleibt eine der Hauptfragen Europas, an einer wirklichen und dauernden Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich hängt die ganze europäische Zukunft.“⁶). Ein ganz wichtiger Erfolg war die Unterschreibung des Vertrags über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft im Jahre 1952 in Paris, damit der Kriegszustand mit Deutschland beendet und das Besatzungsstatut durch einen Deutschland-Vertrag ersetzt werden. Im Jahre 1954 wurde BRD in die

⁵ STERN, ZSARB, Von Helmut M. Müller in a Mit weiteren Autoren und der BROCKHAUS-RED. *Brockhaus, Deutsche Geschichte in Schlaglichtern*. 3., aktualisierte Aufl. Leipzig [u.a.]: Brockhaus, 2007, 142 p. ISBN 37-653-3073-6

⁶ UEXKULL, Gosta von a ADENAUER. *Konrad Adenauer in Selbstzeugnissen und Bilddokumenten*. [1.-15. Tsd.]. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt, 1976, 142 p. ISBN 34-995-0234-8, S. 77

NATO aufgenommen. Konrad Adenauer hat alles getan, was in seiner Macht stand, um Deutschland zu vereinen. Im Oktober 1963 hat Konrad Adenauer aus der Funktion des Kanzlers zurückgetreten aber noch bis Jahre 1966 wurde er als der Vorsitzende der CDU tätig. Er ist am 19. April 1967 in Rhöndorf gestorben.

2.1.1 Rede I

Die erste Rede ist eine Ansprache vor dem Parlamentarischen Rat nach der Schlussabstimmung über das Grundgesetz am 8. Mai 1949.

2.1.1.1 Einleitung

Schon bald nach Kriegsende werden die einstigen Alliierten zu Gegnern im Kalten Krieg. Als Reaktion auf die fortschreitende Sowjetisierung ihres Besatzungsgebietes durch die UdSSR, die zur Vertiefung der faktisch gegebenen Teilung Deutschlands führt, empfiehlt die in der ersten Jahreshälfte 1948 tagende Londoner Sechs-Mächte-Konferenz (Westmächte und Benelux-Staaten), in Westdeutschland ein demokratisches Regierungssystem auf föderativer Grundlage zu errichten. Am 1. September 1948 tritt darauf hin in Bonn der Parlamentarische Rat zusammen. Er soll für den westdeutschen Teilstaat ein „Grundgesetz“ erarbeiten, um „dem staatlichen Leben für eine Übergangszeit eine neue Ordnung“ zu geben. In der Schlussansprache erklärt Adenauer als Vorsitzender folgendes.⁷

2.1.1.2 Inhaltliche Analyse

Am Anfang möchte ich erklären, warum der Terminus „das Grundgesetz“ benutzt wurde. Es hat sich im Grunde um eine Verfassung der Bundesrepublik Deutschland gehandelt, aber um die Frage der Vereinigung geöffnet zu lassen, war nicht der Terminus „die Verfassung“, sondern die Benennung „das Grundgesetz“

⁷ Konrad Adenauer Reden. *Konrad Adenauer Stiftung* [online]. 2012, 26.04.2014 [cit. 2014-04-26]. Dostupné z: <http://www.kas.de/upload/dokumente/reden.pdf>
S. 13

benutzt. Das sollte den provisorischen Charakter dieses Staatsgebietes unterstreichen. Diese Ansprache wurde am 8. Mai 1949 von Konrad Adenauer in Bonn gehalten, das heißt mehr als zwei Wochen vor der Gründung der Bundesrepublik Deutschland in drei westlichen Besatzungszonen. Nach der Erarbeitung dieses Grundgesetzes hat endlich die neue Ära im Nachkriegsdeutschland begonnen.

In dieser Ansprache spricht Konrad Adenauer über keine konkreten Visionen der Vereinigung, es geht mehr um die Wünsche, weil in dieser Zeit sich die Bundesrepublik Deutschland geformt hat und die Deutsche Demokratische Republik unter der Regierung der Sowjetischen Militäradministration war. Diese Regierung sollte den Aufbau eines politischen Systems im Sinne der Sowjetunion steuern und die Besatzungszone verwalten. Deshalb waren keine konkreten Gedanken angeführt und die Regierung in der BRD war nicht in der Lage etwas mit der Teilung Deutschlands zu tun.

Adenauer also vergleicht den Zustand in der Bundesrepublik Deutschland mit dem Zustand in dem östlichen Teil Deutschlands, in dem sich schon langsam die Deutsche Demokratische Republik unter der Regierung der Sowjetunion geformt hat. Er vergleicht die Zustände wie die Gegenstände Feuer und Wasser, weil Westdeutschland hat sich schon zu einer politischen Freiheit genähert. Das heißt die Situationen in beiden Teilen Deutschlands waren wirklich genauso unterschiedlich. Adenauer erwähnt die Konferenz in Paris. Das war die letzte Konferenz des Rates der Außenminister im Mai 1949, die das Ende der Berlinblockade und die Freizügigkeit des Verkehrs in Deutschland bestätigte, die aber keine Einigung in der Deutschlandfrage gebracht hat.

Dann sagt Adenauer, dass er keine Vermischung der Ostzone und Westzone will. Und darin können wir meiner Meinung nach einen wichtigen Gedanke finden. In dieser Zeit der Unsicherheiten wollte er vielleicht keine Vereinigung, er wollte einfach nur eine Verbesserung der Situation in der Ostzone, die so unterschiedlich war. Und das war für Adenauer der Anfang des langen Weg zur Wiedervereinigung. Er hat einfach gewusst, dass alles seine Zeit braucht. Er wusste auch, dass in die

Westzone endlich die so lange gewünschte Demokratie und Freiheit kommt. Aber die sowjetische Regierung hat ganz andere Pläne gehabt.

Die Ansprache endet er mit dem Wunsch einer Hilfe und einer Segnung Gottes. Das haben sicherlich die beiden Staaten und die ganze Europa gebraucht, weil der Wunsch der Freiheit und der Ruhe in Europa nach den langen Jahren des Krieges, der Gewalt und der Unsicherheit sehr stark war.

2.1.1.3 Sprachliche Analyse

Es handelt sich um eine Rede des Vorsitzenden Konrad Adenauer vor dem Parlamentarischen Rat, der Adressat ist also die Parlamentarische Rat, die Informationen in der Rede sind aber auch für die Laienöffentlichkeit. Weil es um eine Ansprache geht, ist die Sprache des Textes natürlich die Hochsprache, und es handelt sich um einen administrativen Stil des Textes. Wir finden in dem Text keine Neologismen, Archaismen oder Vulgarismen und der Wortschatz ist nicht spezifisch und verlangt keine spezifischen Kenntnisse, deshalb wird sie den Adressaten keine Probleme mit Verständnis machen.

Der Text ist relativ kurz, zum Beispiel im Vergleich zu der Rede von Kurt Georg Kiesinger (Kapitel 2.2.1) braucht man nicht so viel Zeit um den ganzen Text durchzulesen. Es ist in zwei Absätzen geteilt, die Sätze sind meistens kurz und verständlich, es gibt hier keine langen Satzverbindungen, die dem Leser das Verständnis und dem Nichtmuttersprachler die Übersetzung erschweren könnten. Für mich persönlich als für einen Nichtmuttersprachler war die Übersetzung dieser Rede ganz einfach, mit der Hilfe des Online - Wörterbuchs habe ich die Ansprache übersetzt. Sicher ist der Text im Vergleich zu anderen Reden von anderen Kanzlern einer der einfacher.

Die Hauptbedeutungsträger sind in der Rede die Substantive und Verben und weil Konrad Adenauer über die aktuelle Situation spricht, die ganze Rede ist im Präsens.

In dem Text der Ansprache können wir einen Beispiel des Vergleichs finden („Das, was bei uns, und das, was in der Ostzone geschieht, ist ebenso wenig zu vergleichen, wie Feuer und Wasser zu vergleichen sind.“). Der Vergleich mit Feuer und Wasser ist hier sicher benutzt, um die Ansprache zu beleben und interessanter zu machen.

Ich habe den schriftlichen Eintrag der Rede gelesen, und deshalb konnte ich hier in den Klammern auch die Informationen über die Äußerungen von anderen Teilnehmern dieser Sitzung zu finden, wie zum Beispiel die Information über den Ruf des Abgeordneten Renner oder über die Bravorufe und Klatschen kurz vor dem Ende der Rede. Meiner Meinung nach ist diese Ansprache dank der aktuellen Situation in Deutschland, in die sie realisiert wurde, sehr emotionell.

2.1.2 Rede II

Die zweite Rede ist eine Regierungserklärung vor dem Deutschen Bundestag zur Gründung der DDR am 21. Oktober 1949.

2.1.2.1 Einleitung

Am 7. September 1949 konstituiert sich der aus den Wahlen vom 14. August hervorgegangene erste Deutsche Bundestag. Die drei Wochen später erfolgende Gründung der DDR (am 7. Oktober) ist durch Errichtung verschiedener Zentralorgane längst vorbereitet, worauf Adenauer in seiner Regierungserklärung Bezug nimmt. Sie formuliert erstmals die für die Deutschlandpolitik der kommenden zwei Jahrzehnte zentralen Positionen: Negierung des Staatscharakters der DDR wegen fehlender demokratischer Legitimation, Alleinvertretungsanspruch und Verantwortlichkeit der Bundesrepublik für die Bevölkerung in der Sowjetzone.⁸

⁸ Konrad Adenauer Reden. *Konrad Adenauer Stiftung* [online]. 2012, 26.04.2014 [cit. 2014-04-26]. Dostupné z: <http://www.kas.de/upload/dokumente/reden.pdf>
S. 14

2.1.2.2 Inhaltliche Analyse

Diese Ansprache kommt aus dem Zeitpunkt drei Wochen nach der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik. Deutschland hat in dieser Zeit große Veränderungen durchgemacht und es hat sich in eine Form, in der es für nächste fünfzig Jahre geblieben ist, geformt. Die Bundesrepublik Deutschland hat schon auch existiert und es war schon ganz offensichtlich, dass die beiden Staaten sich ganz anders entwickeln und dass die Regierung der Bundesrepublik Deutschland nicht die Entwicklung in der DDR beeinflussen kann. Und mit der Erwähnung von der Entwicklung in dem östlichen Teil Deutschlands und in Berlin fängt Konrad Adenauer seine Rede an.

Er behauptet hier, dass diese Ereignisse die Teilung Deutschlands unterstreichen. Der östliche Teil war unter der sowjetischen Vorherrschaft in der Unfreiheit und der größere, westliche Teil war auf dem Weg zur Demokratie und Freiheit, auf dem die Souveränitätsrechte eines demokratischen Staates immer mehr in deutsche Hände gelegt werden. In diesem Abschnitt der Ansprache kann man eine gewisse Begeisterung sehen. Diese Begeisterung hat den Grund in dem Weg, dem die Bundesrepublik Deutschland in diesem Zeitpunkt gegangen ist, das heißt der Weg der Demokratie und Freiheit. Dieser Weg musste paradoxerweise in dem Vergleich mit der Situation in dem östlichen Teil Deutschlands noch markanter sein.

Weiter schreitet der Bundeskanzler Adenauer mit der Sprache über die Realität in der DDR fort und er vergleicht sie wieder mit der Situation in der BRD. Hier konnte er wieder wie in der ersten Rede den Vergleich vom Feuer und Wasser benutzen. In der DDR waren nämlich keine freien Wahlen und die zentrale Regierung wurde ohne die Zustimmung der Bürger errichtet. Die wirtschaftliche und die politische Trennung der Sowjetzone von dem übrigen Deutschland wurde durch die Einsetzung des sogenannten Ersten Volkskongresses am 6. Dezember 1947 weiter gefördert, die Einberufung des Zweiten Volkskongresses am 18. März 1948, die Schaffung eines Volksrates am gleichen Tag, die Erteilung des Auftrags

an den Volksrat, eine Verfassung auszuarbeiten, und schließlich durch die Annahme dieser Verfassung durch den Volksrat am 19. März 1949. Diese Volkskongresse sind nicht aus Wahlen, das heißt aus freien Wahlen, an denen sich jeder frei beteiligen können hätte, hervorgegangen. Für die Situation in der Ostzone war also nicht die Bevölkerung sondern die Sowjetregierung verantwortlich. Adenauer führt an, die Bundesrepublik Deutschland und der Deutsche Bundestag sind im Grunde die einzigen anerkannten staatlichen Organisationen, die das deutsche Volk freiwillig ausgewählt hat und die sich nicht nur für die Leute im westlichen, sondern auch für die im östlichen Teil Deutschlands verantwortlich fühlen. Mit dem Satz über die Ablehnung der Sowjetzone hat Adenauer deutlich einen Unwillen gegen die Sowjetregierung gefasst, die das ganze Volk gefühlt hat. Weiter spricht er über die Oder-Neiße-Linie, also über die deutsch – polnische Grenze, deren Form definitiv auf der Konferenz in Potsdam im Jahre 1945 abgesehnet wurde. Damit kommen wir zum Ende dieser Ansprache, in der der Gedanke und die Vision der Vereinigten Deutschlands nicht gerade ausgesprochen wurden. Trotzdem hat Adenauer ganz klar angedeutet, wie die Situation in Deutschland (vor allem in dem östlichen Teil) entwickeln soll. Adenauer wusste, wenn Ostdeutschland unter der ungewollten Vorherrschaft der Sowjetregierung sein wird, kann die Einheit nicht kommen. Die Bundesrepublik Deutschland hat schon auf die lang erwartete Freiheit und Demokratie zugesteuert, im Gegenteil der Ost ist in der Zeit geblieben, die das ganze deutsche Volk zur Unfreiheit verurteilt hat. Ich sehe in dieser Rede eine Vision der Wiedervereinigung in dem Willen sich aus der Sowjetbesetzung zu lösen. Das war die Grundvoraussetzung für eine erfolgreiche Zusammenarbeit der beiden Teilen Deutschlands und erst danach wurde die Vereinigung möglich. Der Fakt, dass die Sowjetbesetzung noch weitere fünfzig Jahre gedauert hat, kann uns jetzt zum Glück nur als ein abschreckendes Beispiel dienen.

2.1.2.3 Sprachliche Analyse

Auch in diesem Fall handelt es sich um eine Ansprache des Bundeskanzler Konrad Adenauer, jetzt geht es um eine Ansprache vor dem Deutschen Bundestag, der Adenauer als den legitimierten Vertreter des deutschen Volkes bezeichnet und dem auch die Ansprache adressiert wird, zur Gründung der Deutschen Demokratischen Republik. In der Rede sind aber wieder Informationen, die sich auf Laienöffentlichkeit beziehen und deshalb obwohl der Hauptadressat der Deutsche Bundestag ist, können wir auch die Laienöffentlichkeit als den Adressaten bezeichnen. Die Leute konnten nicht persönlich bei der Ansprache sein, trotzdem sie haben sicher die Adenauers Gedanken in den damaligen Zeitungen gelesen.

Es geht um eine offizielle Rede, Adenauer benutzt also Hochdeutsch, er benutzt wieder keine Fachtermini, Vulgarismen oder Neologismen Die Rede ist in dem administrativen Stil geschrieben. Deshalb sind das Verständnis und für die Tschechen auch die Übersetzung nicht schwierig, es beansprucht keine besondere Kenntnisse.

Ich habe den Text verkürzt, in der Mitte beschreibt Adenauer die Situation zwischen Jahren 1945 und 1949, diese Beschreibung ist für meine Suche nach Visionen des vereinten Deutschlands nicht so wichtig, deshalb habe ich diesen Teil weggelassen.

Die ganze Rede ist im Präsens und ist in mehreren Absätzen gegliedert, was die Arbeit mit ihr vereinfacht. Die Sätze sind relativ kurz, es gibt hier wieder keine komplizierten und langen Satzverbindungen, damit sich Konrad Adenauer die Aufmerksamkeit der Zuhörer gesichert hat. Der zweite Satz stellt für mich eine Ausnahm. In diesem Fall geht es um eine lange Satzverbindung, die sich aus acht Sätzen zusammengesetzt. Wie ich schon gesagt habe, es ist nicht schwierig den Wortschatz zu verstehen.

In dem nächsten Teil werde ich die konkrete sprachliche Elementen analysieren. Wir können in dem Text verschiedenen Sprachmittel finden, wie z.B. Komposita (die Satellitenstaaten, die Souveränitätsrechte, die Sowjetzone), die

Abkürzungen (SPD - die Abkürzung für Sozialdemokratische Partei Deutschlands, KPD-eine Abkürzung für Kommunistische Partei Deutschlands), weiter die Steigerung von Adjektiven, das heißt die Komparation (z.B. „*Die jüngsten Vorgänge...*“ - es handelt sich um einen Adjektiv im Superlativ). Wir können auch die Passivformen finden (z.B. „*Das gilt insbesondere auch für die Erklärungen, die in der Sowjetzone über die Oder-Neiße-Linie abgegeben worden sind.*“ - hier spricht man über dem Zustandspassiv; „*Das, was jetzt dort geschieht, wird nicht von der Bevölkerung getragen und damit legitimiert.*“ – hier spricht man über den Vorgangspassiv). Weiter können wir manche Beispiele der reflexiven Verben finden (z.B. sich befinden, sich erfreuen, sich stützen, sich fühlen), und die Funktionsverbgefüge (z.B. sich im Besitz befinden). Der Hauptbedeutungsträger sind hier die Substantive.

Es handelt sich wie bei der ersten Rede (Kapitel 2.1.1) um einen schriftlichen Eintrag der Rede und deshalb sind hier in den Klammern wieder auch die Informationen über die Äußerungen anderer Teilnehmer dieser Sitzung zu finden. Wie zum Beispiel die Informationen über den Beifall, die Zustimmung oder über den Zwischenruf.

2.1.3 Rede III

Die nächste Kapitel beschäftigt sich mit Adenauers Rede vor dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU in Siegen, am 16. März 1952.

2.1.3.1 Einleitung

Als im Herbst 1951 erkennbar wird, dass die Westmächte in der Frage eines Verteidigungsbeitrages der Bundesrepublik ernst machen, signalisieren die Sowjetunion und die Ost-Berliner Regierung in der Wiedervereinigungsfrage weitgehende Gesprächsbereitschaft. Den Höhepunkt der politischen Offensive des

Ostens bildet die sogenannte "Stalin-Note"⁹ vom 10. März 1952, mit der die Sowjetunion die Wiederherstellung eines einheitlichen deutschen Staates unter Gewährleistung demokratischer Freiheiten anbietet. Elementare Bedingung ist die Neutralisierung Deutschlands. Das Angebot einer Nationalarmee setzt das Werben um ehemalige Nationalsozialisten und die traditionelle deutsche Rechte fort.¹⁰

2.1.3.2 Inhaltliche Analyse

Diese Rede habe ich ausgewählt, weil es eine Reaktion des Bundeskanzlers Konrad Adenauer auf die so-geannten Stalin-Noten, ist. Meiner Meinung nach waren die Stalin-Noten die erste Möglichkeit Deutschland zu vereinen, wenn die Sowjetunion mit einem Vorschlag gekommen ist. Die Stalin-Noten waren ein Angebot Josef Stalins, Diktators der Sowjetunion, mit denen er den Westmächten die Verhandlungen über die Wiedervereinigung und Neutralisierung Deutschlands angeboten hat. Adenauer spricht über drei Möglichkeiten, die Deutschland gehabt hat – der Anschluss an den Westen, Anschluss an den Osten und Neutralisierung. Stalin wollte eine Wiedervereinigung und Neutralisierung Deutschlands, das heißt teilweise ein Anschluss an den Ost, der mit der Neutralisierung beendet wird, das kam aber für die Bundesrepublik Deutschland in Frage. Adenauer wollte keine Neutralisierung, seiner Meinung nach würde die BRD nie mehr eine der Großmächte. Die Stalin-Noten haben schließlich auch die Westmächte abgelehnt. Der Grund für die Adenauers Ablehnung wurde in der Rede erklärt. Er unterstreicht vor allem den nationalistischen Einschlag und eine Verhinderung des europäischen und deutschen Fortschritts. Schließlich kommt er zum Schluss, dass die Stalin-Noten eigentlich nichts Neues, Positives bringen können. Ich sehe aber in dieser Rede eine gewisse Hoffnung, die Adenauer gehabt hat. Der Grund für diese

⁹ Stalin-Noten. *Die Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland* [online]. 2013 [cit. 2014-04-26]. Dostupné z: <http://www.hdg.de/lemo/html/DasGeteilteDeutschland/JahreDesAufbausInOstUndWest/ZweiStaatenZweiWege/stalinnoten.html>

¹⁰ Konrad Adenauer Reden. *Konrad Adenauer Stiftung* [online]. 2012, 26.04.2014 [cit. 2014-04-26]. Dostupné z: <http://www.kas.de/upload/dokumente/reden.pdf>

Hoffnung ist der erste Versuch der Sowjetunion, die Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik Deutschland anzuknüpfen.

Und deshalb bittet Adenauer die Westmächte mit den Vereinigten Staaten an der Spitze, um die Gespräche mit der Sowjetunion zu führen, die eine vernünftige Lösung bringen könnten. Die Ansprache endet der Bundeskanzler mit den Zielen, die verbesserte Beziehungen zwischen Westen und Osten bringen sollen – der Frieden, keine Aufrüstung mehr und die Wiedervereinigung Deutschlands.

Wie ich schon gesagt habe, es hat sich mit den Stalin-Noten im Grunde nichts verändert, es war aber ein wichtiger Fortschritt auf dem Weg zum Frieden und zur Wiedervereinigung Deutschlands.

Das war die letzte Rede des ersten Bundeskanzlers Konrad Adenauer, die ich ausgewählt habe, und jetzt werde ich mich mit dem dritten Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger und einer von seinen Reden beschäftigen.

2.1.3.3 Sprachliche Analyse

Die dritte Rede von Adenauer wurde dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU adressiert. Die Funktion des Textes ist eine Informationsmitteilung gerade an diesen Teil der Christlich Demokratische Union Deutschlands zu übergeben, aber weil es sich wieder um Informationen und Tatsachen handelt, die das ganze Volk betreffen, können wir als einen Adressaten wieder auch die Laienöffentlichkeit bezeichnen. Es geht wieder um eine Ansprache, deshalb ist es ein administrativer, offizieller Text, den Adenauer in Hochdeutsch führt. Es enthält keinen speziellen Wortschatz, wie z.B. Fachwörter, Vulgarismen usw. Manche gewisse Kenntnisse muss man vielleicht haben. Um zum Beispiel die Abkürzung „UNO“ (United Nations Organisation – Organisation der Vereinten Nationen) zu verstehen, in dieser Rede geht es aber mehr um einen allgemeinen Überblick als um die Sprachkenntnisse. Wir können auch manche Neologismen finden, wie zum Beispiel Wörter die Integrität oder die Neutralität.

Und jetzt kommen wir zu den konkreten sprachlichen Erscheinungen. Man kann in der Rede die Funktionsverbgefüge (z.B. in Frage kommen, in der Lage sein), Komposita (z.B. die Verteidigungsgemeinschaft, die Waffentechnik), der Adjektive mit dem negativen Präfix un- (z.B. ungeheure oder unsinnige), weiter die Steigerung von Adjektiven, das heißt die Komparation (z.B. stärker – ein Adjektiv im Komparativ) finden. Dann habe ich in dem Text weitere grammatische Kategorien gefunden : das Verb mit dem untrennbaren Präfix (vor/schlagen), ein Beispiel der Passivkonstruktion („...die Sowjetregierung wird gefragt – es handelt sich um ein Vorgangspassiv), dann auch die Modalverben („Es soll sich aber kein Deutscher dadurch täuschen lassen,...“ – das Verb „sollen“ mit der Negation „kein Deutscher“ stellt hier eine Unmöglichkeit oder ein Verbot dar, sich täuschen zu lassen; ein anderes Beispiel des Modalverbs ist in dem Satz „..., wenn der Westen unter Einbeziehung der Vereinigten Staaten so stark ist, wie er stark sein muss,...“ – hier hat das Verb „müssen“ die Bedeutung der Notwendigkeit). Das war alles zur der sprachlichen Struktur und jetzt gehe ich zu der inhaltlichen Struktur über.

2.2 Kurt Georg Kiesinger

Kurt Georg Kiesinger war der dritte Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland. Er war am 6. Mai 1904 geboren, er war ein Jurist und juristischer Lehrer. Seine Rede habe ich für meine Abschlussarbeit ausgewählt, weil er meiner Meinung nach ein ganz kontroverser Politiker war. Er wurde nämlich seit Jahre 1933 als NSDAP-Mitglied (Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei) tätig. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde er Mitglied der CDU, zwischen Jahren 1958 und 1966 Ministerpräsident von Baden-Württemberg und von 1966 bis 1969 Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland. Seine Ära am Ende der 60-er Jahre wird für eine der positiven Zeiten gehalten. Es war die Zeit der großen Änderungen, Deutschland hat einen wirtschaftlichen Aufschwung genommen, die Arbeitslosigkeit wurde gesunken. Es war auch die Zeit der Koalition CDU mit SPD. In der Auslandspolitik hat er sich auf die Verbesserung der Beziehungen mit

Frankreich und den Vereinigten Staaten. Kurt Georg Kiesinger wollte natürlich auch die Wiedervereinigung der beiden Deutschen Staaten orientiert.

Jetzt zur Kiesingers Rede, die er am 17. Juni 1967 gehalten hat.

2.2.1 Rede IV

2.2.1.1 Einleitung

Mit der Regierung der ersten Großen Koalition (1966-1969) trat die Neue Ostpolitik in eine erste, aber nur sehr kurze operative Phase, bevor dann ab 1969 die entscheidenden Durchbrüche von der sozialliberalen Koalition erzielt werden konnten. Dennoch stellt die Kiesingers Rede einen Markstein auf dem Weg zur völkerrechtlich nie komplett vollzogenen Anerkennung der deutschen Zweistaatlichkeit dar. Zugleich lassen sich an der Rede die Schwierigkeiten ablesen, die sich in den späten 1960er Jahren einer ostpolitischen Auflockerung in den Weg stellten. Gedanklich wurde der entscheidende ostpolitische Strategiewechsel mit der Ankündigung vollzogen, das "Zusammenwachsen der getrennten Teile Deutschlands eingebettet in den Prozess der Überwindung des Ost-West-Konflikts in Europa" zu sehen. Seither wurde die Wiedervereinigung nicht länger als Voraussetzung der Entspannung betrachtet, sondern umgekehrt als eine Folge.

2.2.1.2 Inhaltliche Analyse

Der Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger beginnt diese Ansprache mit der Erinnerung an die Ereignisse im Jahre 1953. Er erinnert an einen gemeinsamen Protestzug zum DDR-Regierungssitz, nach dem am 17. Juni 1953 flächendeckende Proteste folgten, die von sowjetischen Truppen niedergeschlagen wurden. Laut heutigen Erkenntnissen kamen dabei ca. 50 Demonstranten und 5 Angehörige der Volkspolizei ums Leben.¹¹

¹¹ *Geschichte der DDR*. Bonn: bpb, September 2011

Ganz schnell kommt er aber zu dem aktuellen Thema - das ist die Teilung der beiden deutschen Staaten. Aus seiner Ansprache ist sichtbar, dass die Wiedervereinigung oder mindestens eine Verbesserung der Situation in dem östlichen Teil Deutschlands der wichtigste Ziel dieser Zeitpunkt war.

Kiesinger unterstreicht das undemokratische Verhalten der Verantwortlichen im anderen Teil Deutschlands und in seiner Erklärung erwähnt er wieder die Ungleichheit beider Teilen Deutschlands und auch das, worüber schon der Bundeskanzler Konrad Adenauer gesprochen hat. Ich meine den Fakt, dass die Bundesregierung die einzige staatliche Organisation ist, die das deutsche Volk vertreten kann. Und das gilt für das Volk des westlichen sowie für das Volk des östlichen Teil Deutschlands.

Der Kern dieser Wiedervereinigungspolitik ist also die Demokratie und die Wille des Volkes.

In dem nächsten Teil beginnt Kiesinger ganz skeptisch zu sein und er kommentiert die Wiedervereinigungspolitik. Er kritisiert sie nicht, im Gegenteil, er sagt, dass das Nichtstun ist der schlechte Weg Deutschlands ist, der Deutschland in die Schwierigkeiten bringen könnte. Weiter konstatiert er, der Problem der Vereinigung Deutschlands ist die Größe von Deutschlands. Es ist seiner Meinung nach *zu groß, um in der Balance der Kräfte keine Balance zu spielen, und zu klein, um die Kräfte sich herum selbst im Gleichgewicht zu halten*. Hier ist Kiesinger wieder ein bisschen skeptisch und er zweifelt an dem Funktionieren und an dem System des gemeinsamen Staates. Andererseits kommt er aber mit der Behauptung, dass der Grund für so ein Funktionieren erst die Zusammenarbeit zwischen Ost- und Westeuropa sein muss. Und er hofft auf diese Zusammenarbeit. Er legt vor, man kann die Vereinigung nicht mit den Gesprächen zwischen der Regierung der BRD und den Verantwortlichen in der DDR erreichen. Für Kiesinger ist die europaweite Zusammenarbeit und die Gespräche zwischen dem Osten und Westen eine Notwendigkeit. Ohne den Willen der Sowjetregierung ist die Vereinigung nämlich unmöglich. Dank den Gesprächen zwischen der Bundesregierung und der

Sowjetregierung kann man aber mindestens die wirtschaftliche und geistige Situation in Deutschland verbessern.

Einerseits ist in dieser Ansprache die Skepsis deutlich, andererseits ist aber auch der Wille nach der Verbesserung des Verhältnisses mit dem Osten sichtbar. Nach Kiesingers Meinung ist die Vereinigung vor allem durch die gemeinsame europäische Zusammenarbeit bedingt. Und alles, was die Bundesregierung für eine Verbesserung der Situation in der Ostzone machen kann, wird sie natürlich machen.

2.2.1.3 Sprachliche Analyse

Die Ansprache Kurt Georg Kiesingers wurde am 17. Juni 1967 bei dem Staatsakt der Deutschen Einheit gehalten. In diesem Fall geht es im Vergleich mit den vorigen Reden Konrad Adenauers (Kapitel 2.1.1 - 2.1.3) um einen ganz längeren Text und für mich als für einen deutschen Nichtmuttersprachler hat wirklich ganz lange Zeit gedauert, den ganzen Text zu übersetzen. Und noch dazu gibt es hier viele langen Satzverbindungen, die ich mehrmals lesen musste, um den Satz überhaupt zu verstehen.

Einerseits ist der Text der Rede in mehrere Absätze eingeteilt, andererseits gibt es mehrmals in einem Absatz nur eine oder höchst zwei Satzverbindungen. Aus diesem Grund waren die Reden Konrad Adenauers für mich viel einfacher für die Übersetzung und für das Verständnis. Wenn wir den Wortschatz ansehen, gibt es in dem Text keine Wörter, die schwierige Übersetzung hätten. Ich habe wieder mit den Online - Wörterbücher gearbeitet und sie haben mir für die Übersetzung genügt, die meisten Übersetzungsprobleme habe ich mehr wegen der langen Satzverbindungen als dank dem Wortschatz gehabt.

Und jetzt kommen wir zu den konkreten sprachlichen Erscheinungen. Das Tempus des Textes ist Präsens. Wir können hier die Komposita finden (die Hitlerjahren; die Machthaber – das Kompositum ist aus dem Substantiv „die Macht“ und aus dem Verb ‚haben‘ gebildet; die Wiedervereinigungspolitik – dieses Kompositum ist aus dem Adverb „wieder“, aus dem substantivierten Verb „die

Vereinigung“ und aus dem Substantiv „die Politik“ gebildet. Weiter können wir zum Beispiel die Komparation der Adjektive finden (größere – Adjektiv im Komparativ), die substantivierte Verben (die Trennung, die Lösung, die Ordnung), Konjunktiv II („..., sie *könnte* uns auch das gar nicht bewahren,...“), die Verben mit dem trennbaren Präfix („*Liegt* hier nicht ein tragischer Widerspruch des Denkens und Empfindens unseres gesamten Politik *vor?*“) und in dem Text kann man auch die Substantive im Genitiv finden (des Bündnisses; „Die Einigung *unseres Volkes* kann,...“). Eine Besonderheit ist hier die Benutzung der lateinischen Redewendung („*historia vitae magistra*“), ihre Bedeutung folgt in dem nächsten Satz. Zum Ende möchte ich noch sagen, dass ich nicht die ganze Rede benutzt habe, manche Teile habe ich ausgelassen, weil sie für mein Thema „Visionen des vereinigten Deutschlands“ nicht wichtig waren.

2.3 Willy Brandt

Willy Brandt war der vierte Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland (im Jahre 1969 – 1974). Er wird am 18. Dezember 1913 als Herbert Ernst Karl Frahm im Lübeck geboren. Der Name Willy Brandt war sein literarischer Name, den er nach dem Zweiten Weltkrieg gelassen hat. Im Jahre 1930 musste er nach Norwegen emigrieren, dort war er als Journalist tätig. Seit Jahre 1947 wurde er Mitglied der SPD, zwischen 1957 und 1966 Berliner Oberbürgermeister. In Berlin begann sein politischer Aufstieg in der SPD. Dann seit 1966 war er Außenminister und 1969 wurde Willy Brandt als erster Sozialdemokrat in Bonn zum Bundeskanzler gewählt. Seine neue Ost- und Deutschlandpolitik leitete die Normalisierung der Beziehungen der Bundesrepublik mit ihren östlichen Nachbarn ein und suchte die Aussöhnung mit den Völkern Osteuropas. 1971 wurde Brandt mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet.¹²

Jetzt kommen wir zu der Rede von Willy Brandt, die ich ausgewählt habe.

¹² Dargestellt von Carola. *Willy Brandt*. Überarb. und erw. Neuausg. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt-Taschenbuch-Verl, 2002. ISBN 978-349-9505-768

2.3.1 Rede V

2.3.1.1 Einleitung

Eine Woche nach seiner Wahl zum Bundeskanzler steckt Willy Brandt den Kurs der Regierung ab, die erstmals von SPD und FDP gebildet wird. Seine Rede im Deutschen Bundestag ist ein Signal des Aufbruchs. Brandt kündigt Reformen im Innern und eine neue Ost- und Deutschlandpolitik an. Die Kernbotschaften der sozial-liberalen Koalition an die Bürgerinnen und Bürger lauten: „Wir wollen mehr Demokratie wagen.“ und „Wir wollen ein Volk der guten Nachbarn sein und werden – im Inneren und nach außen.“

2.3.1.2 Inhaltliche Analyse

Es handelt sich um eine Ansprache, die der Bundeskanzler Willy Brandt sechs Tage nach seiner Wahl zu dem Bundeskanzler gehalten hat. Es ist also die erste Rede in der Funktion des Bundeskanzler, in deren er die Richtung seiner Regierung erklärt. Anfangs betont er wieder die tragische Vergangenheit, den Zweiten Weltkrieg und den nationalen Verrat durch das Hitlerregime, aus denen sich das ganze Deutschland noch nicht erholt hat. Jedoch versichert er, dass Deutschland ein freier und einheitlicher Staat sein will, der sein Recht auf die Unabhängigkeit hat. Weiter stellt Willy Brandt die konkreten Ideen vor, die er vertreten will und einen Weg, der er folgen will. Sowie seine Vorgänger im Amt des Bundeskanzlers betont er einen Fakt, dass die Einwohner beider Teilen Deutschlands nicht nur mit der Sprache und mit der Geschichte verbunden sind, sowie auch mit der Tatsache, dass sie alle in Deutschland einfach zu Hause sind. Und er will den Frieden.

Weil Willy Brandt in der einführende Richtung nach seinem Vorgänger Kurt Georg Kiesinger fortsetzt, erklärt er auch, dass der Grund für die europäische Friedensordnung in den Verhältnissen zwischen Westen und Osten ist. Er setzt also wieder die Deutschfrage in dem ganz europäischen Kontext. Auch er bietet der Deutschen Demokratischen Republik eine Lösung der gegenseitigen Beziehungen, deren Verbesserung zur Vereinigung führen könnte. Die DDR ist für die BRD kein

Fremdland und die BRD ist für eine Zusammenarbeit vorbereitet. Eine Rückkehr zur Idee der Hilfe der Weltmächte erfolgt, die den Prozess der Verbesserung der Verhältnissen mit der Sowjetunion vereinfachen könnte. Auch in dieser Meinung stimmt Brandt mit Kiesinger (Kapitel 2.2.1.2) überein.

Weiter erwähnt er das Datum 6. Dezember 1968, das heißt die Berlin-Erklärung. *Die Berlin-Erklärung war eine Swingvereinbarung für den Interzonenhandel, durch die eine reibungslose Abwicklung des Berlinverkehrs sichergestellt werden sollte*¹³ und er erwähnt auch die Notwendigkeit des weiteren Ausbaus der nachbarlichen Handelsbeziehungen.

Der Bundeskanzler Brandt endet die Ansprache mit dem Fakt, dass die umfassenden Reformen eine Notwendigkeit sind. Und das ist meiner Meinung nach die Vision der Wiedervereinigung. Es geht um eine konkrete Forderung und ein Ziel, die erreicht werden müssen, um allmählich zur Vereinigung kommen zu können.

2.3.1.3 Sprachliche Analyse

Diese Ansprache wurde am 28. Oktober 1969 in der Hauptstadt Westdeutschlands Bonn vor dem Deutschen Bundestag als eine Regierungserklärung gehalten. Wenn wir uns auf den Adressaten konzentrieren, ist es in diesem Fall sowie bei den Reden Konrad Adenauers (Kapitel 2.1) - die Rede ist dem Deutschen Bundestag adressiert, die Informationen sind aber wieder für die ganze Laienöffentlichkeit. Es handelt sich um einen administrativen Text, der im Hochdeutsch geführt ist und enthält keine Fachwörter, Neologismen oder Vulgarismen. Im Vergleich mit der Ansprache Kurt Georg Kiesingers (Kapitel 2.2.1) geht es um einen ganz verständlichen und kurzen Text, den ich ganz gut verstanden habe und mit der Hilfe der Online-Wörterbücher es ganz schnell übersetzt habe. Es gibt hier wieder manche längere Satzverbindungen, aber die

¹³ 1975: Der Swing im innerdeutschen Handel. *Das Bundesarchiv* [online]. [cit. 2014-04-26]. Dostupné z: https://www.bundesarchiv.de/oeffentlichkeitsarbeit/bilder_dokumente/01387/index-11.html.d

sind ganz einfach dank dem Wortschatz, der meiner Meinung nach viel einfacher als in der Rede von Kiesinger (Kapitel 2.2.1) ist. Der Text ist wieder in mehrere Absätze geteilt, dank denen er übersichtlicher ist.

Jetzt werden wir die konkrete sprachliche Erscheinungen anschauen. In dem Text können wir zum Beispiel die Verben mit dem untrennbaren Präfix („Diese Regierung *geht* davon *aus*,..“; „Die Bundesregierung *setzt* die im Dezember 1966 durch Bundeskanzler Kiesinger und seine Regierung eingeleitete Politik *fort* und *bietet* dem Ministerrat der DDR erneut Verhandlungen beiderseits ohne Diskriminierung auf der Ebene der Regierungen *an*,...“), die Funktionsverbgefüge („Eine völkerrechtliche Anerkennung der DDR durch die Bundesregierung kann nicht *in Betracht kommen*.“) finden. Der Text ist im Präsens aber Willy Brandt benutzt auch Futur I („Die Bundesregierung *wird* den USA, Großbritannien und Frankreich *raten*,...“; „Die Lebensfähigkeit Berlins *werden* wir weiterhin *sichern*.“). Wir können auch in dieser Rede die Benutzung der Substantive in Genitiv („Die Deutschlandpolitik insgesamt kann nicht Sache *eines Ressorts* sein.“; „Im Übrigen wollen wir unseren Landsleuten die Vorteile des *internationalen Handels und Kulturaustausches* nicht schmälern.“) und den Substantiv mit dem negativen Präfix un- (die Unruhe).

2.4 Helmut Kohl

Der Bundeskanzler Helmut Kohl wird am 3. April 1930 in Ludwigshafen geboren. Seine Ära ist sehr wichtig, da er der Kanzler der Wiedervereinigung war. Nach dem Abitur beginnt er im Oktober 1950 in Frankfurt am Main das Studium der Rechtswissenschaft und Geschichte. Im November 1953 wird er in den geschäftsführenden Vorstand des CDU-Bezirksverbandes Pfalz, im Januar 1955 in den Landesvorstand der CDU Rheinland-Pfalz gewählt. An die Spitze der CDU wird Helmut Kohl am 12. Juni 1973 gewählt. Helmut Kohl wird am 1. Oktober 1982 zum sechsten Kanzler der Bundesrepublik Deutschland gewählt. Es ist der Beginn einer sechzehnjährigen Kanzlerschaft. In der ersten Hälfte seiner Regierung

zwischen den Jahren 1982 und 1989 werden die Staatsfinanzen saniert, die Steuerbelastungen gesenkt. Infolge der Wirtschaftsdynamik steigt die Zahl der Erwerbstätigen zwischen 1983 und 1989 um 1,3 Millionen. Gleichzeitig geht die Inflation zurück. Der Deutschen Einheit am 3. Oktober 1990 folgt am 2. Dezember die erste gesamtdeutsche Bundestagswahl: Helmut Kohl wird bis 1998 der erste Bundeskanzler des wiedervereinigten Deutschlands.¹⁴

2.4.1 Rede VI

2.4.1.1 Einleitung

1989 schlägt Helmut Kohls historische Stunde. Der Bundeskanzler ergreift die Chance, die deutsche Einheit in Freiheit zu vollenden - ganz in der Linie Konrad Adenauers.

Stets hatte Helmut Kohl die deutsche Frage offengehalten, sich nicht mit der Zweistaatlichkeit abgefunden und die Präambel des Grundgesetzes, also das Verfassungsgebot der nationalen Einheit, als Auftrag begriffen.

Nach dem Fall der Mauer am 9. November 1989 übernimmt er mit seinem Zehn-Punkte-Plan am 28. November die deutschlandpolitische Initiative. Seine Rede in Dresden am 19. Dezember vor der zerstörten Frauenkirche stützt den Einheitsgedanken der Bevölkerung.¹⁵

2.4.1.2 Inhaltliche Analyse

Am Anfang der inhaltlichen Struktur möchte ich nochmals den Fakt anführen, dass diese Ansprache aus dem Dezember 1989 stammt, das heißt nach dem Fall der Berliner Mauer und aus dem Zeitpunkt, in dem zu vielen Veränderungen geschehen

¹⁴ Helmut Kohl. *Konrad Adenauer Stiftung* [online]. 2012, 22.03.2014 [cit. 2014-04-26]. Dostupné z: http://helmut-kohl.kas.de/index.php?menu_sel=15&menu_sel2=38

¹⁵ Helmut Kohl. *Konrad Adenauer Stiftung* [online]. 2012, 22.03.2014 [cit. 2014-04-26]. Dostupné z: http://helmut-kohl.kas.de/index.php?menu_sel=15&menu_sel2=38

ist. Nachdem Michail Gorbatschow Generalsekretär der KPdSU¹⁶ geworden war, entspannte sich das Verhältnis der Supermächte zueinander. Seine Reformprogrammen Perestroika und Glasnost trugen zur Vereinigung der Bundesrepublik Deutschland mit der DDR bei.¹⁷

Am Anfang der Rede führt der Bundeskanzler Helmut Kohl den Fakt an, dass in Deutschland viele ausländischen Journalisten gekommen sind und er äußert einen Wunsch, diese Situation zur Beweis, dass das deutsche Volk aus beiden Teilen Deutschlands sich versammeln können, auszunutzen. Weiter drückt er die Achtung und den Respekt dem ostdeutschen Volk für die Tat aus, die das Volk geschaffen hat. Damit kommt er zu den Ereignissen aus dem Herbst 1989 zurück, das heißt zu den Protesten für die Demokratie (Proteste am 7. Oktober 1989 zum 40. Jahrestag der DDR, an denen die Tausende demonstrierten für demokratische Reformen auf innerstädtischen Strassen und Plätzen, am 9. Oktober 1989 in Leipzig und auch die größte Proteste, die am 4. November auf dem Alexanderplatz in Berlin stattgefunden haben und die zu dem Fall der Berliner Mauer am 9. November beigetragen haben.)¹⁸, die im Grunde zur Einführung der Reformen, zu den ersten freien Wahlen und schließlich zu der Wiedervereinigung geführt haben.

In der Rede erwähnt er auch das Treffen mit dem Ministerpräsident Hans Modrow, mit dem er weiter auf der Bildung der Pläne der Zusammenarbeit der BRD und DDR mitgearbeitet hat. Kohl beschreibt hier, wie die Zusammenarbeit aussehen sollte und schon aus den erwähnten Bereichen ist offensichtlich, dass es sich um eine Mitarbeit in allen Fachrichtungen handeln wird. Das alles hat zu der Situation in dem nächsten Jahr beigetragen. Das heißt zu dem Einigungsvertrag, der am 20. September 1990 durch beide Parlamente erfolgte, und dank dem sich Deutschland in einen Staat mit der gleichen Regierung und demselben Namen verbunden hat.

¹⁶ Die Kommunistische Partei der Sowjetunion (KPdSU) war eine kommunistische Partei in Sowjetrußland und der Sowjetunion.

¹⁷ Geschichte der Bundesrepublik Deutschland (bis 1990). *Wikipedia* [online]. 27. März 2014 [cit. 2014-04-26]. Dostupné z: [http://de.wikipedia.org/wiki/Geschichte_der_Bundesrepublik_Deutschland_\(bis_1990\)](http://de.wikipedia.org/wiki/Geschichte_der_Bundesrepublik_Deutschland_(bis_1990))

¹⁸ Der 9. November 1989 - Mauerfall. *Friedliche Revolution 1989/1990* [online]. 7. Mai 2009 [cit. 2014-04-26]. Dostupné z: http://revolution89.de/?PID=static,Revolution,00100-Der-9te-November-1989,Index_de

Diese Rede stammt aus dem Zeitpunkt, in dem es schon nicht so weit zu der Wiedervereinigung war und der Optimismus ganz offensichtlich ist. Es gibt in dieser Ansprache auch die konkreten Pläne für die Zukunft von Deutschland.

2.4.1.3 Sprachliche Analyse

Seine Rede, die am 19. Dezember 1989 in die Tat umgesetzt wurde, beginnt der Bundeskanzler Helmut Kohl mit der Ansprache und mit der herzlichen Danksagung für die Begrüßung vor der Ruine der Frauenkirche in Dresden, das heißt in der DDR und in der Stadt, die in dem Zweiten Weltkrieg sehr schwierig bombardiert wurde.

Im Vergleich mit den anderen Reden seiner Vorgänger in dem Bundeskanzleramt handelt es sich um eine Ansprache gerade vor der Laienöffentlichkeit, also nicht vor dem Bundestag. Das kann der Grund dafür sein, dass diese Rede auf mich ganz angenehm und herzlich wirkt. Es ist auch dank der Situation, die in Deutschland in diesem Zeitpunkt war. Das heißt die Situation kurz nach dem Fall der Berliner Mauer und kurz vor der Wiedervereinigung, das ganze Volk war also voller Zuversicht. Der Kanzler Kohl benutzt oft die Adjektiven wie herzlich oder lieb und fast die ganze Rede führt er im ersten Person Plural.

Wenn wir zu der konkreten Sprache in diesem Text kommen, geht es natürlich wieder um das Hochdeutsch. Dieser Text war für mich persönlich zur Übersetzung und zum Verständnis der einfachste. Der Kanzler benutzt keine speziellen Termini und ich würde allgemeine sagen, dass der Wortschatz ganz einfach ist. Der Text ist wieder in mehrere Absätze geteilt.

Wenn wir uns, sowie bei der anderen Reden, an die konkreten sprachlichen Erscheinungen konzentrieren, können wir zum Beispiel die vervielfachten Adjektive finden (meine *lieben jungen* Freunde; *freundliche* und *freundschaftliche* Willkommen). Wie ich schon angeführt habe, fast die ganze Rede ist im ersten Person Plural und er benutzt auch die Anredeform Siezen („Wir respektieren das, was *Sie* entscheiden für die Zukunft des Landes.“; „Dafür danke ich *Ihnen*,...“). Wir

können auch die Konstruktion „um...zu“ finden („Liebe Freunde, ich bin heute hierhergekommen zu den Gesprächen mit Ihrem Ministerpräsidenten Hans Modrow, *um* in dieser schwierigen Lage der DDR *zu* helfen.“). Dank der Konstruktion mit „um...zu“ ist der Satz kürzer und übersichtlicher und es handelt sich um einen adverbialen Nebensatz (Finalsatz), der einen Zweck ausdrückt. Mehrmals können wir auch Zusätze finden, die in dem Satz mit den Gedankenstrichen abgegrenzt sind („Und wir wissen - *lassen Sie mich das auch hier, angesichts dieser Begeisterung, die mich so erfreut, sagen* -, wie schwierig dieser Weg in die Zukunft ist.“; „Wir beide sind uns bewusst, dass wir in einer geschichtlichen Stunde - *ungeachtet unserer unterschiedlichen politischen Herkunft* - versuchen müssen,...“). In beiden Fällen handelt es sich um die Ergänzungsinformationen, ohne die der Satz sinnvoll ist, trotzdem sie den Satz konkretisieren und ergänzen.

Die Ansprache ist im Präsens geschrieben, wenn aber Kohl zur Beschreibung seiner Begegnung mit Ministerpräsident Hans Modrow kommt, benutzt er Präteritum, weil er natürlich einen abgeschlossenen Prozess beschreibt. Wir können auch auf die Benutzung Genitivs stoßen („Wir wollen eine enge Zusammenarbeit auf allen Gebieten: auf dem Felde *der Wirtschaft, des Verkehrs*, zum Schutz *der Umwelt*, auf dem Gebiet *der Sozialpolitik* und *der Kultur*.“).

Das war also die letzte Rede, die ich zur Analyse ausgewählt habe und jetzt kommen wir zu dem nächsten Teil meiner Arbeit, in dem ich die einzelnen Reden miteinander vergleichen werde.

3. ZUSAMMENFASSUNG

In diesem Teil meiner Arbeit möchte ich alle Reden vergleichen und manche Ähnlichkeiten oder Unterschiedlichkeiten finden. Die Reden waren aus dem Zeitpunkt der Gründung der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik im Jahre 1949 bis zur Wiedervereinigung der beiden Republiken im Jahre 1990.

Bevor wir uns mit der sprachlichen Struktur beschäftigen werden, möchte ich am Anfang anführen, dass sich die Reden sprachlich nicht so viel unterscheiden haben. In allen Reden ist die Hochdeutsch benutzt, die Bundeskanzler achten die Regeln und Anforderungen dieser Art der öffentlichen Äußerung. Alle Ansprachen sind verkürzt, die für uns nicht wichtigen Informationen habe ich weggelassen, ihre Länge werde ich also nicht vergleichen.

Alle Reden sind in mehreren Absätzen geteilt, die die Arbeit mit ihnen einfacher machen. Eine Ausnahme ist die Ansprache von Helmut Kohl, die nur in drei Absätze geteilt ist, es handelt sich aber um einen relativ kurzen Text und auch die Sätze sind kurz und gut verständlich. Am schwierigsten für das Verständnis und die Übersetzung war für mich deutlich die Rede von Kurt Georg Kiesinger. Es ist der längste Text, der Bundeskanzler Kiesinger benutzt sehr oft lange Satzverbindungen und auch der Wortschatz war für mich als für den Nichtmuttersprachler ganz schwierig. Die Arbeit mit den anderen Reden war viel einfacher. In allen Reden sind die Bundeskanzler ganz konkret, sie entwickeln ihre Gedanken allmählich und widmen sich dem gegebenen Thema. Zum Beispiel in den Reden von Konrad Adenauer sind Sätze mit dem Zweck gebildet, auf die Empfänger einzuwirken.

Der Inhalt der Reden ist natürlich ein bisschen unterschiedlicher. Die Gedanken der ersten Bundeskanzler Konrad Adenauer sind nicht so konkret, nach vielen Jahren der Unruhe und Gefahr war die Sucht nach der Sicherheit sehr stark. In seinen Reden ist ein Optimismus sowie auch Pessimismus offensichtlich. Dass die Deutsche Demokratische Republik unter der Sowjetregierung für nächste vierzig Jahre von dem erste Rede Adenauers war, unterstreicht es den Fakt, was für ein Visionär Konrad Adenauer war. Er hat die ganze Zeit die Sowjetregierung nicht anerkannt. Seine Visionen waren deutlich : die Bundesrepublik Deutschland war die einzige legitimierte staatliche Organisation des deutschen Volkes und er hat begonnen die Situation allmählich zu lösen. Er hat die neue Politik angeführt.

Alle Bundeskanzler haben die gleiche Meinung gehabt : die beiden deutschen Staaten sind nicht nur mit der Sprache verbunden, aber alle Deutschen sind in

Deutschland zu Hause. Und alle Bundeskanzler haben in ihren Reden etwas Neues mitgebracht, was die Situation und die Verhältnisse verbessert hat. Alle wollten die Politik der Zusammenarbeit mit dem Osten, die zur Vereinigung führen könnte. Schon Konrad Adenauer in seiner letzten Rede hat den Fakt angeführt, dass nicht nur die Gespräche zwischen Westen und Osten der Grund für die Wiedervereinigung sind, sondern besonders die Sicherung des Friedens in Europa. Diese Gedanken haben weiter alle anderen Bundeskanzler weiter entwickelt. Jeder Bundeskanzler erinnert an die tragische Geschichte, die das ganze Volk nach vorne getrieben hat.

Die Bundeskanzler haben nie eine Hoffnung verloren und sie haben die ganze Zeit von dem wiedervereinigten Deutschland geträumt. Es sollte vierzig Jahre lang für das ganze deutsche Volk dauern. Am Anfang war Konrad Adenauer noch ganz skeptisch, vierzig Jahre später, kurz vor der Vereinigung, ist in der Rede von Helmut Kohl die Begeisterung ganz offensichtlich.

Deutschland hat in dem Kampf für die Einheit und den Frieden nie aufgegeben und endlich seit dem 3. Oktober 1990 ist das ganze deutsche Volk wiedervereinigt.

Schluss

In meiner Abschlussarbeit habe ich mich mit den Reden der Bundeskanzler aus dem Zeitpunkt zwischen den Jahren 1949 und 1989 beschäftigt. Ich habe in ihnen eine konkrete Vision gesucht - des wiedervereinigten Deutschlands.

Am Anfang habe ich die Geschichte Deutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg beschrieben, meiner Meinung ist nämlich wichtig, diesen Zeitpunkt kennen zu lernen, bevor wir uns mit den Ereignissen der nächsten Jahre beschäftigen werden. Und besonders weil es sich um vier Jahre der großen Veränderungen gehandelt hat, habe ich erst gerade diese vier Jahre nach dem zweiten Weltkrieg (das heißt 1945-1949), die mit dem Kalten Krieg und mit der Einteilung von Deutschland beendet waren, beschrieben. Dann habe ich mich separat mit der Situation in der Bundesrepublik Deutschland und in der Deutschen Demokratischen Republik beschäftigt. Beide Staaten waren für vierzig Jahre eingeteilt und waren unter anderer Regierung. In der Bundesrepublik Deutschland, im sogenannten Westdeutschland war die deutsche Bundesregierung, die Deutsche Demokratische Republik (sog. Ostdeutschland) war aber unter der Sowjetregierung, und deshalb war die Situation in beiden Staaten sehr unterschiedlich. Die Beschreibung der Geschichte ende ich im Jahre 1990, konkret am 3. Oktober 1990, in dem Deutschland wieder vereinigt war.

Dann fängt schon der wesentliche Teil meiner Arbeit an. Ich beschäftige mich mit den Reden der deutschen Bundeskanzler. Ich habe insgesamt sechs Ansprachen von vier Bundeskanzlern ausgewählt. Es geht um diese Bundeskanzler : Konrad Adenauer, der erste Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland seit dem Jahre 1949, weiter Kurt Georg Kiesinger, Willy Brandt und der letzte Kanzler der BRD und auch der erste Kanzler des wiedervereinigten Deutschlands, Helmut Kohl. Ich stelle jedes Mal kurz das Leben, politische Ziele, Erfolge, beziehungsweise Misserfolge des Bundeskanzlers vor. Dann komme ich schon zu den Reden. Bei jeder Rede ist erst eine kurze Einleitung, ich beschreibe zum Beispiel die Situation in Deutschland in dem Zeitpunkt, in dem die Ansprache gehalten wurde. Danach

analysiere ich die Rede. Die Analyse besteht aus zwei Hauptteilen – die sprachliche und inhaltliche Analyse. In der sprachlichen Analyse studiere ich die benutzte Sprache, manche nicht so häufige sprachlichen Erscheinungen, die Wörter und Erscheinungen, die mir wie einem Nichtmuttersprachler manche Probleme getan haben. Alle Reden habe ich erst in meine Muttersprache übersetzt, um mich besser zu orientieren und um sie besser zu verstehen. Alle Reden sind in den Beilagen dieser Arbeit zu finden.

In der inhaltlichen Analyse suche ich gerade die Visionen des vereinigten Deutschlands. Die Reden für diese Arbeit habe ich nach dem Inhalt gesucht. Sie mussten einfach eine bestimmte Vision enthalten. Diese Visionen habe ich in jeder Ansprache gefunden und ich habe versucht sie zu interpretieren. Nach der Analyse der letzten Rede habe ich alle Reden sprachlich und inhaltlich verglichen. Inhaltlich habe ich verglichen, wie sich die Visionen bei jedem Bundeskanzler und mit einer anderen Situation in der Welt und meistens in Deutschland verändert haben.

Quellen

Gedruckte Quellen:

Dargestellt von Carola. *Willy Brandt*. Überarb. und erw. Neuausg. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt-Taschenbuch-Verl, 2002. ISBN 978-349-9505-768

Geschichte der DDR. Bonn: bpb, September 2011

SCHEBERA, Jürgen a Mit weiteren Autoren und der BROCKHAUS-RED. *Stimmen des Jahrhunderts*. 3., aktualisierte Aufl. Berlin: Edition q, c1992, 3 v. ISBN 392802484132

UEXKULL, Gosta von a ADENAUER. *Konrad Adenauer in Selbstzeugnissen und Bilddokumenten*. [1.-15. Tsd.]. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt, 1976, 142 p. ISBN 34-995-0234-8

STERN, ZSARB, Von Helmut M. Müller in a Mit weiteren Autoren und der BROCKHAUS-RED. *Brockhaus, Deutsche Geschichte in Schlaglichtern*. 3., aktualisierte Aufl. Leipzig [u.a.]: Brockhaus, 2007, 142 p. ISBN 37-653-3073-6

Internetquellen:

1975: Der Swing im innerdeutschen Handel. *Das Bundesarchiv* [online]. [cit. 2014-04-26]. Dostupné z: https://www.bundesarchiv.de/oeffentlichkeitsarbeit/bilder_dokumente/01387/index-11.html.d

CEVRO - Kurt Georg Kiesinger a projekt velké koalice. *CEVRO - Liberálně-konzervativní akademie* [online]. 18. července 2005 [cit. 2014-04-26]. Dostupné z: <http://www.cevro.cz/cs/60625-kurt-georg-kiesinger-projekt-velke>

Der 9. November 1989 - Mauerfall. *Friedliche Revolution 1989/1990* [online]. 7. Mai 2009 [cit. 2014-04-26]. Dostupné z: http://revolution89.de/?PID=static,Revolution,00100-Der-9te-November-1989,Index_de

Deutschland. *Wikipedia* [online]. 24.04.2014 [cit. 2014-04-26]. Dostupné z: <http://de.wikipedia.org/wiki/Deutschland>

Geschichte der Bundesrepublik Deutschland (bis 1990). *Wikipedia* [online]. 27. März 2014 [cit. 2014-04-26]. Dostupné z: [http://de.wikipedia.org/wiki/Geschichte_der_Bundesrepublik_Deutschland_\(bis_1990\)](http://de.wikipedia.org/wiki/Geschichte_der_Bundesrepublik_Deutschland_(bis_1990))

Geschichte der Deutschen Demokratischen Republik. *Wikipedia* [online]. 11.04.2014 [cit. 2014-04-26]. Dostupné z: http://de.wikipedia.org/wiki/Geschichte_der_DDR
Geschichte der KPD. *Kommunistische Partei Deutschlands* [online]. 2014 [cit. 2014-03-15]. Dostupné z: <http://www.k-p-d-online.de/index.php/kpd/geschichte-der-kpd>

Helmut Kohl. *Konrad Adenauer Stiftung* [online]. 2012, 22.03.2014 [cit. 2014-04-26]. Dostupné z: http://helmut-kohl.kas.de/index.php?menu_sel=15&menu_sel2=38

Konrad Adenauer Reden. *Konrad Adenauer Stiftung* [online]. 2012, 26.04.2014 [cit. 2014-04-26]. Dostupné z: <http://www.kas.de/upload/dokumente/reden.pdf>

Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP) 1933-1945. *Deutsches Historisches Museum* [online]. 2012 [cit. 2014-04-26]. Dostupné z: <http://www.dhm.de/lemo/html/nazi/innenpolitik/nsdap/>

Německo. *Wikipedia* [online]. 25.4.2014 [cit. 2014-04-26]. Dostupné z: <http://cs.wikipedia.org/wiki/N%C4%9Bmecko>

Skloňování přídavných jmen (Adjektivdeklination). *Nemcina-zdarma.cz* [online]. 2011, 22.05.2011 [cit. 2014-03-19]. Dostupné z: <http://nemcina-zdarma.cz/article/2011052202-sklonovani-pridavnych-jmen-adjektivdeklination>

Stalin-Noten. *Die Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland* [online]. 2013 [cit. 2014-04-26]. Dostupné z: <http://www.hdg.de/lemo/html/DasGeteilteDeutschland/JahreDesAufbausInOstUndWest/ZweiStaatenZweiWege/stalinnoten.html>

Resumé

Téma této bakalářské práce se nazývá „Vize sjednoceného Německa v projevech říšských kancléřů“. Jedná se o analýzu vybraných projevů spolkových kancléřů z období mezi lety 1949 a 1989, tedy z období, kdy bylo Německo rozděleno na dvě části. Práce se skládá ze tří hlavních kapitol. V první kapitole se zabývám historií Německa od konce druhé světové války a poté zvláště rozebírám situaci ve Spolkové Republice Německo a v Německé Demokratické Republice od roku 1949 až do roku 1990, kdy byly oba státy opět sjednoceny. V další kapitole se dostávám již k hlavnímu tématu práce, a tím je analýza vybraných projevů. Vybral jsem dohromady 6 projevů od 4 kancléřů. Každého kancléře nejdříve krátce uvedu a popíši jeho život a poté již analyzuji projevy. Rozbor každého proslovu má tři části. První část představuje úvod, ve kterém popisuji, při jaké příležitosti byl projev uskutečněn. Dále se jedná o obsahovou stránku, ve které hledám především vize sjednocení, a o stránku jazykovou, ve které zkoumám použitý jazyk. Poslední kapitolu tvoří shrnutí, ve kterém se snažím jednotlivé projevy a v nich uvedené vize porovnat. Na konci práce jsou vloženy přílohy, jimiž jsou právě použité proslovy.

Résumé

The topic of this bachelor thesis is „Visions of united Germany in the speeches of German Chancellors“. It is an analysis of selected speeches of the German Chancellors from the period from 1949 to 1989, that means from the period, in which Germany was divided into two parts. The thesis consist of three main chapters. In first chapter I describe the history of Germany since the end of the Second World War and then I analyse separately the situation in West Germany and in East Germany between 1949 and 1990, when Germany was united. In next chapter I come to the main part of the tesis and that is the analysis of the chosen speeches. I chose in total 6 speeches from 4 Chancellors. First, I present each Chancellor and describe his life and then I finally analyse the speeches. The analysis has three main parts : the first part is introduction of the occassion in which the speech was realised. Then I analyse the content, in which I mainly look for the visions of united

Germany and the linguistic style of the speech. The last chapter is the summary of the speeches, in which I try to compare the speeches and the visions. The speeches can be found in the appendixes of the thesis.

Anlagen

KONRAD ADENAUER

Rede I

„Wir wünschen die Einheit Deutschlands, wir wünschen sie von ganzem Herzen und von ganzer Seele. Wir wünschen ein freies Deutschland, in dem der deutsche Mensch ein menschenwürdiges Dasein führen kann wie jeder andere europäische Mensch. Wir in der Westzone sind auf dem Wege zur politischen Freiheit. [...] Das, was bei uns, und das, was in der Ostzone geschieht, ist ebenso wenig zu vergleichen, wie Feuer und Wasser zu vergleichen sind. Feuer und Wasser kann man nicht miteinander mischen. Deswegen möchte ich in dieser bedeutungsvollen Stunde den alliierten Mächten zurufen: Wir wollen nicht, dass durch die Verhandlungen in Paris* etwa eine Annäherung der Zustände in den Westzonen an die in der Ostzone erreicht wird. (*Abgeordneter Renner, KPD: Keine Bodenreform!*) Wir wollen keine solche Vermischung, sondern wir möchten, dass die Ostzone zu den gleichen Zuständen gelangt, in denen wir leben (*lebhafteste Zustimmung*), damit wir dann die Einheit und die Freiheit Deutschlands als gesichert ansehen können. [...]

Meine Damen und Herren! Wir wünschen, dass Gott dieses Volk und dieses Werk segnen möge, zum Segen Europas und zum Segen des Friedens in der Welt! (*Lebhafteste Bravorufe und Klatschen.*) Ich schließe die Sitzung.“

Rede II

„Ihnen, meine Damen und Herren vom Deutschen Bundestag, als den legitimierten Vertretern des deutschen Volkes habe ich folgende Erklärung abzugeben: Die jüngsten Vorgänge in der Ostzone und in Berlin sind kennzeichnend für den tragischen Weg des deutschen Volkes seit 1933. Sie unterstreichen mit aller Klarheit und Deutlichkeit noch einmal die Zerreißung des deutschen Gebietes in zwei Teile, in einen östlichen Teil, bewohnt von rund 18 Millionen Deutschen, die in der Unfreiheit sowjetischer Satellitenstaaten dahinleben, und einen westlichen Teil mit 45 Millionen Einwohnern, der sich zwar noch nicht im vollen Besitz der Freiheit befindet, in dem aber die Souveränitätsrechte eines demokratischen Staates immer mehr in deutsche Hände gelegt werden und in dem – ich hebe das auf das nachdrücklichste hervor – die Menschen sich der persönlichen Freiheit und Sicherheit erfreuen, ohne die ein menschenwürdiges Dasein für uns nicht denkbar ist. (*Beifall.*)

[...]

Ich stelle folgendes fest. In der Sowjetzone gibt es keinen freien Willen der deutschen Bevölkerung. (*Lebhafteste Zustimmung rechts, in der Mitte und bei der SPD.*) Das, was jetzt dort geschieht, wird nicht von der Bevölkerung getragen und damit legitimiert. (*Zwischenruf: Sehr gut!*) Die Bundesrepublik Deutschland stützt sich dagegen auf die

Anerkennung durch den frei bekundeten Willen von rund 23 Millionen stimmberechtigter Deutscher. Die Bundesrepublik Deutschland ist somit bis zur Erreichung der deutschen Einheit insgesamt die alleinige legitimierte staatliche Organisation des deutschen Volkes. (*Lebhafter Beifall und Klatschen rechts, in der Mitte und bei der SPD.*) [...]

Die Bundesrepublik Deutschland fühlt sich auch verantwortlich für das Schicksal der 18 Millionen Deutscher, die in der Sowjetzone leben. (*Lebhafte Zustimmung rechts, in der Mitte und bei der SPD.*) Sie versichert sie ihrer Treue und ihrer Sorge. (*Erneuter Beifall.*) Die Bundesrepublik Deutschland ist allein befugt, für das deutsche Volk zu sprechen. (*Zwischenruf: Sehr gut! – Renner, KPD: Ich denke, die Hohen Kommissare!*) Sie erkennt Erklärungen der Sowjetzone nicht als verbindlich für das deutsche Volk an. (*Zustimmung rechts, in der Mitte und bei der SPD.*) Das gilt insbesondere auch für die Erklärungen, die in der Sowjetzone über die Oder-Neiße-Linie abgegeben worden sind. (*Stürmischer Beifall rechts, in der Mitte und bei der SPD.*) [...]

Rede III

Es gibt drei Möglichkeiten für Deutschland: Den Anschluss an den Westen, Anschluss an den Ost und Neutralisierung. Die Neutralisierung aber bedeutet für uns die Erklärung zum Niemandsland. Damit würden wir zum Objekt und wären kein Subjekt mehr. Ein Zusammenschluss mit dem Osten aber kommt für uns wegen der völligen Verschiedenheit der Weltanschauungen nicht in Frage [...]

Die Sowjetnote schlägt vor, dass eine gesamtdeutsche Regierung geschaffen wird. Eine gesamtdeutsche Regierung kann aber nur geschaffen werden auf Grund gesamtdeutscher und freier Wahlen! Morgen wird die UNO-Kommission, die die Voraussetzungen für die Abhaltung freier Wahlen bei uns und in der Sowjetzone prüfen soll, in Bonn eintreffen. Ich habe den dringenden Wunsch, dass die Sowjetregierung gefragt wird: "Wirst du bereit sein, die UNO-Kommission in der Sowjetzone und in Berlin zuzulassen?" Aus der Antwort hierauf wird man seine Schlüsse ziehen können [...]

Und nun lassen Sie mich noch ein Wort zu dieser Sowjetnote sagen: Im Grunde genommen bringt sie wenig Neues. Abgesehen von einem starken nationalistischen Einschlag will sie die Neutralisierung Deutschlands und sie will den Fortschritt in der Schaffung der europäischen Verteidigungsgemeinschaft und in der Integrität von Europa verhindern. Es soll sich aber kein Deutscher dadurch täuschen lassen, dass die Sowjetregierung einem Gesamtdeutschland eine eigene Wehrmacht zubilligen wird. Seit 1940 ist die Entwicklung in der Waffentechnik so ungeheuer fortgeschritten, dass Deutschland gar nicht in der Lage ist, die Einheiten einer Wehrmacht mit modernen Waffen auszustatten. Es ist dazu nicht in der Lage, weil ihm die nötigen Fabrikations- und Forschungsstätten fehlen und weil es auch nicht die erforderlichen Geldmittel aufbringen kann. Es gehören ungeheure Summen dazu, auch nur einige Divisionen auszurüsten, Mittel, an die wir gar nicht denken können, und deshalb ist dieser Teil der sowjetrussischen Note weiter nichts als Papier und sonst gar nichts! [...]

Wir wollen, dass der Westen so stark wird, dass er mit der Sowjetregierung in ein

vernünftiges Gespräch kommen kann, und ich bin fest davon überzeugt, dass diese letzte sowjetrussische Note ein Beweis hierfür ist. Wenn wir so fortfahren, wenn der Westen unter Einbeziehung der Vereinigten Staaten so stark ist, wie er stark sein muss, wenn er stärker ist, als die Sowjetregierung, dann ist der Zeitpunkt gekommen, an dem die Sowjetregierung ihre Ohren öffnen wird. Das Ziel eines vernünftigen Gesprächs zwischen Westen und Osten aber wird sein: Sicherung des Friedens in Europa, Aufhören von unsinnigen Rüstungen, Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit und eine Neuordnung im Osten. Dann endlich wird der Welt nach all den vergangenen Jahrzehnten das werden, was sie dringend braucht: Ein langer und sicherer Frieden!"

Kurt Georg Kiesinger

Rede IV

Exzellenzen, meine Damen und Herren!

Wir begehen den Tag der deutschen Einheit 14 Jahre nach jenem gescheiterten Versuch, die Spaltung unseres Volkes durch einen verzweifelten Aufstand einfacher Menschen zu überwinden. Für Millionen junger Deutscher ist, was damals geschah, Geschichte, die sie nur vom Hörensagen kennen, nichts anderes, als wenn sie von den beiden Weltkriegen, den Hitlerjahren, der Weimarer Republik und der versunkenen Zeit davor erfahren.

Aber es gibt einen Tatbestand, den wir alle, jung und alt, vor Augen haben: daß jenseits der Elbe deutsche Menschen unter einem ihnen aufgenötigten politischen System in einer ihnen aufgezwungenen Trennung von ihren Landsleuten im Westen Deutschlands leben müssen. Sollte auch dieser sichtbare Tatbestand für viele von uns kein Stachel mehr im Herzen sein? Es gibt eine Art von Resignation, die an Zynismus, eine Art von Gleichgültigkeit, die an Gewissenlosigkeit, und eine Art von Naivität, die an Torheit grenzt. (...)

Dem 17. Juni 1953 und den Opfern, die er kostete, werden wir am ehesten gerecht, wenn wir uns mit Ernst und Redlichkeit der großen Sache zuwenden, um die es den Menschen im anderen Teil Deutschlands in jenen Tagen ging: um die Freiheit und Einheit unseres Volkes. (...)

Da wir also den Frieden wollen, erstreben wir auch die Lösung der deutschen Frage mit den Mitteln des Friedens. Uns wird vom Osten vorgeworfen, wir wollten uns den anderen Teil Deutschlands "einverleiben". Wir wollen nichts dergleichen. Die Machthaber im anderen Teil Deutschlands verkünden unverblümt, daß sie als Voraussetzung einer etwaigen Wiedervereinigung die Angleichung der gesellschaftlichen und politischen Ordnung in der Bundesrepublik an ihr System fordern, gleichviel, ob die Menschen hier dies wünschen oder ablehnen. Wir aber sagen mit aller Deutlichkeit, daß wir unsere Landsleute drüben nicht bevormunden, sie zu nichts zwingen wollen, was nicht ihrem Wunsch und Willen entspricht. Nur solange sie selbst nicht frei entscheiden können, was sie wollen, sprechen wir für sie

und werden wir nicht aufhören, für sie zu sprechen.

Dies ist der Kern unserer Wiedervereinigungspolitik, dies ist darum auch das Kernstück unserer Auseinandersetzungen mit den Verantwortlichen im anderen Teil Deutschlands, aber auch mit allen, die jene Verantwortlichen stützen oder lenken. Das ist keine Anmaßung, wie man uns vorwirft, das ist unsere Gewissenspflicht. Wenn dem so ist, wenn die politischen Positionen sich so hart gegenüberstehen, so müssen wir uns ehrlich fragen, ob Bemühungen um eine friedliche Lösung überhaupt einen Sinn haben, ob wir nicht, statt trügerische Hoffnungen zu wecken, warten müssen, bis der Geschichte etwas Rettendes einfällt, und uns bis dahin darauf beschränken, das zu bewahren, was uns geblieben ist: unsere eigene Freiheit und die Verweigerung der Anerkennung eines zweiten deutschen Staates durch die freie Welt. Eine solche rein defensive Politik würde – das ist meine feste Überzeugung und die Überzeugung der Regierung der Großen Koalition – von Jahr zu Jahr in größere Bedrängnis führen. Sie würde uns nicht nur keinen Schritt vorwärts bringen, sie könnte uns auch das gar nicht bewahren, was sie bewahren will, denn die Zeit wirkt nicht für uns.

Darum hat sich diese Regierung zu einer neuen, beweglicheren Politik gegenüber dem Osten entschlossen: sowohl gegenüber unseren östlichen Nachbarn, wie im innerdeutschen Verhältnis gegenüber den Verantwortlichen im anderen Teil Deutschlands. Beides sind Aspekte einer politischen Konzeption, welche auf der Prämisse beruht, daß Europa nicht darauf verzichten kann, eine seine politische Spaltung überwindende zukünftige Friedensordnung zu entwerfen, in welcher auch die deutsche Frage ihre gerechte Lösung finden kann. Wer das utopisch findet, der sollte bedenken, was es bedeuten würde, auf einen solchen Entwurf zu verzichten. In der Politik darf gewiß das Wort aus dem "Faust" nicht gelten: "Den lieb ich, der Unmögliches begehrt" – aber dem Kurzsichtigen oder Kleinmütigen wird oft etwas unmöglich scheinen, was sich dem kühnen Zugriff als möglich erweist.

Das rechte Augenmaß für das Mögliche zu haben, heißt aber nicht nur, daß man aussichtslose Abenteuer vermeidet, es bedeutet auch, daß man, wo der Blick der anderen stumpf ist, das wirklich Mögliche doch noch erspäht. Keine große Politik hat anders als so begonnen.

Der Weg zu dieser europäischen Friedensordnung mag, ja wird lang und mühselig sein; vielleicht wird er uns auch nicht ans ersehnte Ziel führen. Diese Möglichkeit des Scheiterns können wir nicht ausschließen, aber es ist der einzige Weg, der uns die Chance des Erfolgs verspricht.

(...)

Wir werden uns dadurch nicht beirren lassen. Sollte man da oder dort im Osten glauben, man brauche dieses absurde Zerrbild eines revanchelüsternden Deutschlands, um die gefährdete Solidarität zu bekräftigen, so haben wir etwas Besseres anzubieten: den Beweis eines um Vertrauen ringenden Volkes, dem es darum geht, in Osteuropa und zusammen mit den Ländern Osteuropas ein neues politisches Klima der Verständigung und, wo immer möglich, der Zusammenarbeit

anzubahnen.

Die Taktik, als Voraussetzung für die Zusammenarbeit, ja auch nur für ein Gespräch, die völlige Unterwerfung des anderen unter den eigenen Standpunkt zu verlangen, muß den Eindruck erwecken, daß sie eben deshalb angewendet wird, weil man Gespräche und Zusammenarbeit verhindern möchte.

(...)

Deutschland, ein wiedervereinigtes Deutschland, hat eine kritische Größenordnung. Es ist zu groß, um in der Balance der Kräfte keine Rolle zu spielen, und zu klein, um die Kräfte um sich herum selbst im Gleichgewicht zu halten. Es ist daher in der Tat nur schwer vorstellbar, daß sich ganz Deutschland bei einer Fortdauer der gegenwärtigen politischen Struktur in Europa der einen oder der anderen Seite ohne weiteres zugesellen könnte. Eben darum kann man das Zusammenwachsen der getrennten Teile Deutschlands nur eingebettet sehen in den Prozeß der Überwindung des Ost-West-Konfliktes in Europa.

Die Bundesrepublik Deutschland kann ebenso wie ihre Verbündeten eine weitschauende Entspannungspolitik nur führen auf der Grundlage der eigenen Freiheit und Sicherheit. Die atlantischen und europäischen Mitglieder des Bündnisses sind deshalb heute wie früher aufeinander angewiesen. Aber unsere Bündnisse und unsere Gemeinschaften haben keine aggressiven Ziele. Sie würden ihren Sinn verfehlen, wenn es ihnen zwar gelänge, in einer machtpolitisch kritischen Region eine lange Waffenruhe zu sichern, wenn aber zugleich die Spannungen akkumuliert und die schließliche Entladung um so verheerender sein würde. Deshalb müßte die Entwicklung folgerichtig zu einem Interessenausgleich zwischen den Bündnissen im Westen und im Osten und schließlich zu einer Zusammenarbeit führen – einer unentbehrlichen Zusammenarbeit, angesichts der Krisenherde in allen Regionen unserer Welt, der rapiden Veränderungen überall, die lebensgefährlich werden müssen, wenn sie wie ungebändigte Sturmfluten alles und alle mit sich reißen.

(...)

In diesem Zusammenhang findet auch die Lösung der deutschen Frage ihren Ort, und unser Verhältnis zum anderen Teil Deutschlands muß im Rahmen solcher Überlegungen bedacht werden. Die Einigung unseres Volkes kann, so wie die Dinge liegen, gegenwärtig nicht durch Gespräche zwischen Vertretern der Bundesrepublik und den Verantwortlichen im anderen Teil Deutschlands herbeigeführt werden – ganz gewiß schon darum nicht, weil von uns die politische und rechtliche Anerkennung eines zweiten deutschen Staates, also die Besiegelung der Teilung Deutschlands, in solchen Gesprächen verlangt wird. Aber auch die weltpolitische Problematik, in die das deutsche Problem eingeflochten ist, macht Gespräche mit der Macht notwendig, welche das Regime im anderen Teil Deutschlands lenkt und stützt und gegen deren Willen – der 17. Juni 1953 hat es bitter bewiesen – eine Einigung Deutschlands nicht gelingen wird.

Was aber zwischen uns und den Verantwortlichen im anderen Teil Deutschlands

möglich ist, das sind Gespräche und Vereinbarungen, welche die durch die erzwungene Spaltung geschaffene Not lindern und die menschlichen, wirtschaftlichen und geistigen Beziehungen zwischen den Deutschen bessern sollen, welche verhindern sollen, daß das deutsche Volk sich von Jahr zu Jahr auseinanderlebt. Diese innere Entkrampfung oder Entgiftung entspräche unserem großen Entwurf einer künftigen europäischen Friedensordnung; sie könnte ihr hilfreich dienen.

(...)

Wir alle – im Osten wie im Westen – stehen vor einer weltpolitischen Situation, für die es kein Vorbild, keine Präzedenzfälle gibt. Wenn je das Wort "historia vitae magistra" einmal gelten konnte – heute läßt uns die Geschichte als Lehrmeisterin im Stich; ja es könnte sein, daß sie uns gar den Blick auf die Zukunft verstellt, die ganz neue Gedanken, neue Entwürfe, neuen unbefangenen Wagemut von allen Beteiligten fordert.

(...)

WILLY BRANDT

Rede V

Meine Damen und Herren! Diese Regierung geht davon aus, daß die Fragen, die sich für das deutsche Volk aus dem zweiten Weltkrieg und aus dem nationalen Verrat durch das Hitlerregime ergeben haben, abschließend nur in einer europäischen Friedensordnung beantwortet werden können. Niemand kann uns jedoch ausreden, daß die Deutschen ein Recht auf Selbstbestimmung haben, wie alle anderen Völker auch.

(Beifall bei den Regierungsparteien und Abgeordneten der CDU/CSU.)

Aufgabe der praktischen Politik in den jetzt vor uns liegenden Jahren ist es, die Einheit der Nation dadurch zu wahren, daß das Verhältnis zwischen den Teilen Deutschlands aus der gegenwärtigen Verkrampfung gelöst wird. Die Deutschen sind nicht nur durch ihre Sprache und ihre Geschichte – mit ihrem Glanz und Elend – verbunden; wir sind alle in Deutschland zu Haus. Wir haben auch noch gemeinsame Aufgaben und gemeinsame Verantwortung: für den Frieden unter uns und in Europa.

20 Jahre nach Gründung der Bundesrepublik Deutschland und der DDR müssen wir ein weiteres Auseinanderleben der deutschen Nation verhindern, also versuchen, über ein geregeltes Nebeneinander zu einem Miteinander zu kommen.

Dies ist nicht nur ein deutsches Interesse, denn es hat seine Bedeutung auch für den Frieden in Europa und für das Ost-West-Verhältnis. Unsere und unserer Freunde Einstellung zu den internationalen Beziehungen der DDR hängt nicht zuletzt von der Haltung Ostberlins selbst ab. Im übrigen wollen wir unseren Landsleuten die Vorteile des internationalen Handels und Kulturaustausches

nicht schmälern.

Die Bundesregierung setzt die im Dezember 1966 durch Bundeskanzler Kiesinger und seine Regierung eingeleitete Politik fort und bietet dem Ministerrat der DDR erneut Verhandlungen beiderseits ohne Diskriminierung auf der Ebene der Regierungen an, die zu vertraglich vereinbarter Zusammenarbeit führen sollen. Eine völkerrechtliche Anerkennung der DDR durch die Bundesregierung kann nicht in Betracht kommen. Auch wenn zwei Staaten in Deutschland existieren, sind sie doch füreinander nicht Ausland; ihre Beziehungen zueinander können nur von besonderer Art sein.

(Beifall bei den Regierungsparteien. – Unruhe bei der CDU/CSU.)

Anknüpfend an die Politik ihrer Vorgängerin erklärt die Bundesregierung, daß die Bereitschaft zu verbindlichen Abkommen über den gegenseitigen Verzicht auf Anwendung oder Androhung von Gewalt auch gegenüber der DDR gilt.

Die Bundesregierung wird den USA, Großbritannien und Frankreich raten, die eingeleiteten Besprechungen mit der Sowjetunion über die Erleichterung und Verbesserung der Lage Berlins mit Nachdruck fortzusetzen. Der Status der unter der besonderen Verantwortung der Vier Mächte stehenden Stadt Berlin muß unangetastet bleiben. Dies darf nicht daran hindern, Erleichterungen für den Verkehr in und nach Berlin zu suchen. Die Lebensfähigkeit Berlins werden wir weiterhin sichern. West-Berlin muß die Möglichkeit bekommen, zur Verbesserung der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen der beiden Teile Deutschlands beizutragen.

Wir begrüßen es, daß der innerdeutsche Handel wieder zunimmt. Hierzu haben auch die Erleichterungen beigetragen, die durch die Vereinbarung am 6. Dezember 1968 eingetreten sind. Die Bundesregierung hält einen weiteren Ausbau der nachbarlichen Handelsbeziehungen für wünschenswert.

Wir haben das bisherige Ministerium für gesamtdeutsche Fragen entsprechend seinen Aufgaben in Ministerium für innerdeutsche Beziehungen umbenannt. Die Deutschlandpolitik insgesamt kann nicht Sache eines Ressorts ein. Sie ist eine ständige Aufgabe der ganzen Regierung und umfaßt Aspekte der auswärtigen Politik, der Sicherheits- und Europapolitik, ebenso wie die Bemühungen um den Zusammenhalt unseres Volkes und um die Beziehungen im geteilten Deutschland. Meine Damen und Herren, in unserer Bundesrepublik stehen wir vor der Notwendigkeit umfassender Reformen.

HELMUT KOHL

Rede VI

Meine sehr verehrten Damen und Herren, meine lieben jungen Freunde, liebe Landsleute! Zunächst darf ich mich bei Ihnen allen sehr herzlich bedanken für dieses freundliche und freundschaftliche Willkommen.

Meine lieben Freunde, es sind viele Hunderte Journalisten aus ganz Europa zu uns gekommen, und ich finde, wir sollten Ihnen gemeinsam demonstrieren, wie wir mitten in Deutschland eine friedliche Kundgebung durchführen können. Deshalb meine ganz herzliche Bitte, dass wir - bei aller Begeisterung - uns jetzt gemeinsam auf diese wenigen Minuten unserer Begegnung konzentrieren. Das erste, was ich Ihnen allen zurufen will, ist ein herzlicher Gruß all Ihrer Mitbürgerinnen und Mitbürger aus der Bundesrepublik Deutschland.

Das zweite, was ich sagen möchte, ist ein Wort der Anerkennung und der Bewunderung für diese friedliche Revolution in der DDR. Wir erleben, dass eine solche Umwälzung sich zum ersten Mal in der deutschen Geschichte so gewaltlos, mit so großem Ernst und im Geist der Solidarität vollzieht. Dafür danke ich Ihnen allen sehr herzlich. Es ist eine Demonstration für Demokratie, für Frieden, für Freiheit und für die Selbstbestimmung unseres Volkes. Und Selbstbestimmung heißt für uns - auch in der Bundesrepublik -, dass wir Ihre Meinung respektieren. Wir wollen und wir werden niemanden bevormunden. Wir respektieren das, was Sie entscheiden für die Zukunft des Landes.

Liebe Freunde, ich bin heute hierhergekommen zu den Gesprächen mit Ihrem Ministerpräsidenten Hans Modrow, um in dieser schwierigen Lage der DDR zu helfen. Wir lassen unsere Landsleute in der DDR nicht im Stich. Und wir wissen - lassen Sie mich das auch hier, angesichts dieser Begeisterung, die mich so erfreut, sagen -, wie schwierig dieser Weg in die Zukunft ist. Aber gemeinsam werden wir diesen Weg in die deutsche Zukunft schaffen! Es war dies heute meine erste Begegnung mit Ministerpräsident Hans Modrow. Wir beide sind uns bewusst, dass wir in einer geschichtlichen Stunde - ungeachtet unserer unterschiedlichen politischen Herkunft - versuchen müssen, für unser Volk unsere Pflicht zu tun. Es war ein erstes Gespräch, es war auch ein ernstes Gespräch, und es hatte gute Ergebnisse. Wir haben verabredet, dass in den nächsten Wochen intensiv daran gearbeitet wird, dass wir noch im Frühjahr einen Vertrag über die Vertragsgemeinschaft zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR abschließen können. Wir wollen eine enge Zusammenarbeit auf allen Gebieten: auf dem Felde der Wirtschaft, des Verkehrs, zum Schutz der Umwelt, auf dem Gebiet der Sozialpolitik und der Kultur. Wir wollen vor allem auf dem Felde der Wirtschaft eine möglichst enge Zusammenarbeit mit dem klaren Ziel, dass die Lebensverhältnisse hier in der DDR so schnell wie möglich verbessert werden. Wir wollen, dass die Menschen sich hier wohl fühlen. Wir wollen, dass sie in ihrer Heimat bleiben und hier ihr Glück finden können. Entscheidend für die Zukunft ist, dass die Menschen in Deutschland zueinander kommen können, dass der freie Reiseverkehr in beiden Richtungen dauerhaft garantiert ist.

(...)